

DER GUERILLAKAMPF IN ENGLAND

Der heroische, der ganzen internationalen Arbeiterbewegung ein Beispiel gebende Kampf der britischen Bergarbeiterschaft befindet sich im Abbröckeln. Scheinheilig tränentiefend — niemals hat die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung widerwärtigere Krokodilstränen gesehen! — beteuern die reformistischen Führer aller Schattierungen (Rechte und „Linke“, Halbrechte und Halblinke gleichermaßen), daß nur der Druck der Regierung, nur die „Starrköpfigkeit“ der Bergwerksmagnaten, nur das Hungern der Bergarbeiterfamilien zum Abbruch des Kampfes zwangen. Sie lügen! Niemals war die Lage für den Bergarbeiterkampf günstiger als zur Zeit der Preisgabe der breiten allgemeinen Kampfesfront der Bergarbeiterföderation. Die britische Bourgeoisie konnte sich trotz aller ihrer Anstrengungen nicht genügend Streikbrecherkohle verschaffen. Deutschland und Polen waren nicht mehr imstande, ihre Produktion wesentlich zu steigern, dem Import von amerikanischer Kohle türmten sich große Transportschwierigkeiten entgegen. Die britische Stahl- und Eisenindustrie mußte ihre Produktion vollständig einstellen, die Textilindustrie lag in Agonie. Die britische Bourgeoisie und ihre Regierung waren am Ende ihres Lateins angelangt; nur noch eine letzte große Anstrengung war notwendig, nur noch einige Wochen aushalten, nur noch ein wirksamer Massendruck der gesamten Arbeiterbewegung zugunsten der kämpfenden Bergarbeiter — und der Sieg wäre in den Händen der Bergarbeiter gewesen! Es kam anders. In der kritischen Zeit erschien wieder der Führer des Verrats, der Generalrat der britischen Gewerkschaften, auf dem Schauplatz, schob sein „Komitee der Vermittlung“ vor. Von der ersten Minute seiner Existenz an war dieses „Komitee der Vermittlung“ nur ein Komitee der Desorganisation, des offenen Verrats, der Kapitulation, der Uebergabe der mächtigen Festung der Bergarbeiterföderation ohne Bedingungen, die Streckung der Waffen mit Verlust der Ehren.

Der Generalrat ist sich selbst treu geblieben: er hat die „Führung“ des Generalstreiks übernommen, nur um besser Verrat üben zu können; er hat die „Vermittlung“ in der letzten Phase des Bergarbeiterstreiks übernommen, um diesen mit Haut und Haaren verkaufen zu können.

Nicht in erster Reihe die Macht der Regierung — und sie wurde wahrhaftig diktatorisch angewandt! —, nicht die Profitsucht der Bergwerkskapitalisten — und sie ist wahrhaftig unersättlich! —, nicht das Hungern der Bergarbeiter und ihrer Frauen und Kinder — und das war wahrhaftig ungeheuer! —, sondern vor allem der Verrat der reformistischen „Arbeiter“-Führer hat das Rückgrat des größten Massenkampfes des Weltproletariats in den letzten Jahren gebrochen.

Die Geschichte des britischen Bergarbeiterstreiks ist die Geschichte des Verrats der reformistischen (rechten und linken) Führer. Die vier Phasen des Bergarbeiterkampfes — denn man kann ganz deutlich vier Phasen des Streiks unterscheiden — werden durch die vier Phasen dieses Verrats bestimmt.

Die erste Phase des großen Bergarbeiterkampfes war die Zeit des Generalstreiks. Die gesamte britische Arbeiterklasse kämpfte Schulter an Schulter mit der Bergarbeiterschaft und zwang sogar die offizielle Führung des Gewerkschaftsbundes, sich an die Spitze dieses Kampfes zu stellen.

Die zweite Phase des Bergarbeiterkampfes begann mit dem Verrat des Generalstreiks, mit dem schändlichen Rückzug der Kapitulanten. Die Bergarbeiterföderation bleibt allein auf dem Kampffelde — noch immer eine mächtige Armee von einer Million Arbeitern, organisiert unter einheitlicher Leitung und einheitlichen Parolen; sie hatte noch immer alle Bürgschaften des Sieges, und das Selbstvertrauen dieser glänzenden proletarischen Armee — einer der schönsten, die jemals das Kampffeld des Klassenkampfes bezogen haben — wurde durch die Zuversicht gehoben, daß die gesamte Führung der Bergarbeiterföderation an der Spitze des Kampfes stand.

Die dritte Phase begann mit dem allmählichen Uebergleiten der Leitung der Bergarbeiterföderation auf die Seite des Feindes. Die Empfehlung zur Annahme der Bischofsvorschläge, die Stellungnahme gegen die Kampfvorschläge von South Wales, die Empfehlung zur Annahme der Kapitulationsbedingungen der Regierung — so lauten die einzelnen Stationen des Rückzuges der Deserteure und Defaitisten der Führung der Bergarbeiterföderation.

Die vierte Phase des Kampfes trat ein, als die kämpfenden Arbeitermassen sich nicht nur von fast allen ihren „alten“, „erprobten“ Führern verlassen, sondern auch von ihren gewählten Delegierten bei der letzten Delegiertenkonferenz der Föderation desorientiert, im Stich gelassen sahen. Dem Verrat der Führer folgte die Panik der Unterführer — und die große Bresche in der Front der Bergarbeiterschaft war geschlagen. Kein einheitlicher Kampf der Millionenarmee der Bergarbeiter wird jetzt mehr geführt, nur ein Guerillakampf der tapfersten Teile, der unter dem Druck der Unternehmer am meisten leidenden Armeekorps der sieben Monate lang sich so wunderbar schlagenden Armee des englischen Bergproletariats.

Die Geschichte der Führung des britischen Bergarbeiterkampfes ist die Geschichte des Verrats der reformistischen Arbeiterführer. Aber diese Geschichte hat auch eine andere Seite. Je größere Fortschritte der Verrat der Führerschaft der britischen Gewerkschaften machte, desto mehr erwuchs aus den kämpfenden Massen selbst eine neue Führung. Alle wichtigen Kampfphasen zeigen das allmähliche Aufsteigen der Kommunistischen Partei Großbritanniens als der Führerin der kämpfenden Arbeitermassen. Die Kommunistische Partei Großbritanniens, eine Arbeiterpartei im besten Sinne des Wortes, sprang auf die von den desertierten alten Führern verlassenen Kommandostellen, zeigte den Massen die Direktive zur Weiterführung des Kampfes. Die Kommunistische Partei Großbritanniens wurde im Fortschreiten des Kampfes immer mehr der Wegweiser in dem verzweifelten Ringen der britischen Bergarbeiter. Der Stählung des Kampfwillens der Bergarbeitermassen durch die Kommunisten ist zum großen Teil zu verdanken die Ablehnung der Bischofsvorschläge ebenso

wie die Annahme der Vorschläge von South Wales zur Verschärfung des Kampfes, wie auch die Ablehnung der Kapitulationsvorschläge der Regierung durch die Distrikte. Die großzügige materielle und moralische Hilfe der russischen Arbeiter — eines der herrlichsten Beispiele internationaler proletarischer Solidarität — flößte den Kämpfenden immer wieder neuen Mut ein.

Der Guerillakampf geht weiter. Einige Distrikte haben die Arbeit aufgenommen, andere Distrikte aber lehnen die unverschämten Bedingungen der Ausbeuter ab. Der Bourgeoisie ist es gelungen, einen Keil zwischen die Arbeiter der auf Export produzierenden Kohlengebiete und der für den inneren Gebrauch produzierenden Gebiete zu treiben. Schon vor dem Ausbruch des Kampfes hat ja der „Manchester Guardian“ erklärt, der Zweck des Berichts der königlichen Kohlenkommission sowohl wie der ganzen Taktik der Bourgeoisie sei, einen Keil in die „gewerkschaftliche Phalanx“ zu treiben. Die Pflicht der Kommunistischen Partei in dieser Situation ist — und sie tut ihre Pflicht — eine weitere Zersplitterung zu verhindern, die größtmögliche Verbreiterung der Kampffront anzustreben, jedes vereinzelt kämpfende Armeekorps in seinem Kampf mit allen Kräften zu unterstützen. Keine Arbeitsaufnahme einzelner Distrikte! Keine Vereinbarungen, die zur Verlängerung der Arbeitszeit führen können! Garantien gegen Maßregelungen! Die Verhandlungen und Abkommen sollen nur unter Kontrolle der Mitgliedschaft geführt werden! — so lauten die Parolen der Stunde. Die Kommunistische Partei hat die Pflicht, den politischen Inhalt des Kampfes den Massen bewußt zu machen. Jeder englische Arbeiter muß verstehen, daß die Niederlage dieses Guerillakampfes das Zeichen für die allgemeine Offensive der britischen Bourgeoisie gegen die Rechte der Gewerkschaften, gegen die ganze Lebenshaltung der britischen Arbeiterklasse bilden wird. Und die internationale Arbeiterklasse muß verstehen, daß ebenso wie während der sieben Monate des heroischen Kampfes auch jetzt in dem Guerillakampfe des Rückzuges die britischen Bergarbeiter die Vorkämpfer des gesamten internationalen Proletariats sind. Noch immer darf die internationale Unterstützungsaaktion nicht aufhören, noch immer sollen alle Kräfte auf die Verhinderung des Kohlentransports nach England gerichtet werden, noch immer soll die Arbeiterschaft Europas und Amerikas einen Teil ihres Lohnes für die kämpfende Bergarbeiterschaft Großbritanniens hergeben.

TURIN: PILSUDSKI UND DIE UKRAINISCH-WEISS- RUSSISCHE NATIONALE FRAGE

Das aktive Auftreten gegen die USSR, zu welchem das heutige faschistische Polen unter dem Diktat seines gegenwärtigen Beschützers — Englands — rüstet, macht eine ganze Reihe vorbereitender Maßnahmen, in erster Linie die Sicherung des „Hinterlandes“ — der östlichen Grenzgebiete erforderlich. Polen ist vom nationalen Gesichtspunkt aus nicht einheitlich. Beinahe die Hälfte der Bevölkerung Polens, (nicht weniger als 42 Prozent), besteht aus fremden Nationalitäten, von denen die Ukrainer und Weißrussen (gegen 8 Millionen) am friedlichsten eingestellt sind. Es ist durchaus begrifflich, daß das neue österreichische Kuriosum in polnischer Auflage, das selbst in Friedenszeiten sich nur mit Hilfe von Bajonetten und Blei zu halten vermag, im Falle eines Krieges sich erst recht nicht sicher fühlen kann. Der Erfolg einer gegen die Republik der Arbeiter und Bauern gerichteten Aktion kann in beträchtlichem Maße durch die separatistischen Tendenzen der unterdrückten nationalen Minderheiten in Frage gestellt werden. Es ist deshalb klar, daß die Sicherung „des Hinterlandes“ in den Grenzgebieten ein wesentlicher Bestandteil der abenteuerlichen Pläne der gegenwärtigen Pilsudski-Regierung sein muß.

„Ein aktives Auftreten gegen die Sowjets“ — schreibt Consulibus*, ein Anhänger Pilsudskis — „setzt in erster Linie die entsprechende Befestigung unserer Grenzgebiete im Innern des Landes voraus, d. h. dieses aktive Auftreten macht die Regelung der Grenzgebietfragen zur Notwendigkeit, damit diese sich nicht in die Achillesverse Polens verwandeln. Wer weiß, ob nicht hinter unserer Abneigung, diese Frage zu behandeln, sich die Quelle unseres Kompromißlerkurses in bezug auf die Sowjets verbirgt. Die Sowjets sind es, die die Grenzgebiete zu beeinflussen verstehen und es bereits tun. Wir müssen deshalb die Beziehungen in den östlichen Grenzgebieten regeln, ganz unabhängig von der Auffassung über die Aufgaben der Republik in der Außenpolitik, denn in der gegenwärtigen Situation erleichtern diese Grenzgebiete nur jedem unserer Gegner, die Grenzbevölkerung im entsprechenden Augenblick gegen Polen aufzuwiegeln.“

Noch krasser deckt uns die Absichten der nationalen Politik Pilsudski-Polens Siegmund Drescher, ein Mitglied der PPS, auf. In seiner Broschüre: „Die Frage der nationalen Minderheiten in Polen“, die im Pilsudskistischen Verlag „Droga“ erschienen ist, kann er die Gefahren nicht verheimlichen, die die Nationalitätenpolitik der USSR für Polen birgt, weil sie eine Anziehungskraft auf die Bevölkerung der östlichen Grenzgebiete, d. h. auf die westliche Ukraine und das westliche Weißrußland ausübt.

„Es ist eine Tatsache“ — schreibt Drescher** — „daß die Sowjetregierung den Weg der Schaffung von ukrainischen Volks-, Mittel- und Hochschulen eingeschlagen hat;

* Consulibus: „Erfahrungen und Fehler unserer auswärtigen Politik.“ Warschau 1926.

** Siegmund Drescher: „Die Frage der nationalen Minderheiten in Polen.“ Warschau 1926.

es ist eine Tatsache, daß die Sowjetukraine bis zur letzten Zeit, wenn auch nur formell, die Möglichkeit hatte, eine selbständige Außenpolitik zu betreiben, daß dort Truppenteile bestehen, die der Kern einer Volksarmee werden können. Das ist zwar nicht alles, was diejenigen möchten, die ein tatsächlich unabhängiges ukrainisches Staatswesen schaffen wollen. Immerhin übt bei den gegenwärtigen Verhältnissen die Sowjetukraine eine Anziehungskraft auf unsere Grenzländer aus, und dies um so mehr, als die Dritte Internationale (hier wiederholt Drescher die alte Argumentation all der Leute, in deren Dienst er steht) kein Geld für Agitation, für Sowjetspionage, für den Nachrichtendienst und die militärische Spionage spart. Ein deutliches Resultat des Sowjeteinflusses und bis zu einem gewissen Grade auch der Anziehungskraft der Sowjetukraine ist die Spaltung, ja sogar die Liquidierung der ukrainischen Sozialdemokratie auf dem Territorium Polens und das Auftreten des ukrainischen sozialistischen Klubs unter kommunistischer Flagge.“

Ein besonderes Augenmerk muß nach der Meinung Dreschers die polnische Regierung auf die ukrainische nationale Frage lenken. Die Ukrainer seien ein Volk, „dem es beschieden ist, im Leben Polens eine bedeutende Rolle zu spielen“. „Bei der Behandlung der ukrainischen Frage müssen wir in Betracht ziehen, daß diese nicht nur eine Frage unserer inneren Politik, sondern eine Frage ist, die mit unserer gesamten Ostpolitik verknüpft ist.“

Bei der Erörterung, wie die ukrainische nationale Frage im Interesse des polnischen Staates benutzt werden soll, erklärt Drescher folgendes:

1. Es sei notwendig, daß die öffentliche Meinung Polens sich für einen völlig unabhängigen ukrainischen Staat erkläre, und daß die „polnische öffentliche Meinung alle Versuche der ukrainischen Elemente in dieser Richtung unterstütze“. „Die unabhängige Ukraine“ werde zweifellos die Schwarzmeertendenzen Rußlands sich zu eigen machen, und es werde Polen leichter fallen, seine Beziehungen mit der Ukraine zu regeln als mit einem Rußland von Archangelsk bis Odessa, selbst für den Fall, daß die Ukrainer eine Großukraine schaffen sollten, die vom Kaukasus bis zu Polens Grenze reicht, wie es der Traum der Ukrainer ist (d. h. sie darf keinesfalls die Westukraine antasten).

2. Drescher macht den Vorschlag, von all den ukrainischen politischen Richtungen, deren es, seiner Meinung nach, drei gibt: die „rechte russenfreundliche, eigentlich russische Richtung“, die „äußerst linke, kommunistische, die wiederum stark mit Rußland verbunden ist“, und die „eigentlich ukrainische Richtung, die in der Emigration weilt“ (Petljura-Leute), sich für die letztere zu entscheiden, sie mit liebevoller Sorge zu umgeben, da sie die treueste Bundesgenossin Polens sei, mit der Polen „besondere Absichten“ habe, und die an Polen viele Ansprüche habe.

Durch eine solche Politik würde Polen eine Lage der Dinge schaffen, bei der „Moskau gezwungen wäre, seine Aufmerksamkeit dem fernen Osten, Asien, zuzuwenden, wo tatsächlich russisches Expansionsgebiet vorhanden ist, Moskau würde dann auf seine Tätigkeit im nahen Osten und auf seine panslawistischen Träume im Sinne der früheren Slawophilen, der Aksakow und Skobelew, verzichten“.

Dreschers Auffassungen stimmen mit den Ansichten Pilsudskis, des Schöpfers des „moralischen“ Umsturzes, überein, mit dessen Plänen der Vorbereitung neuer Kriegsabenteuer im Osten Europas.

Schon der Maiumsturz in Polen begann mit dem Versprechen „großer Reformen“ auch für die östlichen Grenzgebiete. Um sich die Unterstützung

oder zum mindesten die Neutralität der ukrainischen kleinbürgerlichen Parteien zu sichern, versprach Pilsudskis Abgesandter, Holubko, Mitglied der PPS (derselbe ist auch der „Fachmann“ für nationale Fragen), noch vor dem Maiumsturz den Herren aus der „Ukrainischen nationaldemokratischen Vereinigung“ (Undo) goldene Berge, inklusive Autonomie. Wenn die polnische „Demokratie“ mit Pilsudski an der Spitze erst gesiegt hat, dann wird auch in den Grenzgebieten ein neuer Wind wehen. Doch „der Maiumsturz“ hat stattgefunden, und nach wie vor weht in den Grenzgebieten der Wind der Gewalt, der Willkür und des Terrors. Und die Regierung „der moralischen Sanierung“ befaßt sich unterdessen mit großen Plänen und mit noch größeren — Diskussionen über die Frage der nationalen Minderheiten.

Was sind es für Pläne? In der Juni-Sitzung der sogenannten „Kommission der Fachleute“*, die jetzt unter dem Vorsitz des Ministers des Innern arbeitet, wurden Reformprojekte für die Grenzgebiete erörtert, die ungefähr folgendermaßen zusammengefaßt werden können:

1. Politische Amnestie für die ukrainische Emigration (hauptsächlich aus der Tschechoslowakei) und die ihr gebotene Möglichkeit, in die Heimat zurückzukehren. Diese Amnestie muß einen spezifischen Charakter tragen. Sie muß sich nur auf jene beschränken, „die gegen Polen bis zum 1. April 1923 gesündigt haben,“ und sie soll auf dem Wege der individuellen Begnadigung nach allen Regeln der bürokratischen Justizkunst durchgeführt werden.

2. Beseitigung der Utraquisierung (Zweisprachigkeit in den Schulen). Dieses Zugeständnis würde bezwecken, die Lage wiederherzustellen, die vor dem bekannten Schulplesbiszit bestand, das zur völligen Vernichtung der ukrainischen und weißrussischen Schule geführt hat.

3. Eine ukrainische „Universität“ in Lemberg. Augenscheinlich soll diese geschaffen werden, wenn Geld vorhanden sein wird, denn der Minister für Volksbildung hat erklärt, daß alle Bitten um Unterstützung für den Bau und die Verbesserung von Schulen abgelehnt werden müßten, da es um die Finanzen schlecht bestellt sei.

4. Eine Agrarreform mit Einstellung der Kolonisierung. Diese Konzession könnte, selbst wenn sie durchgeführt werden sollte, (was sehr zweifelhaft ist, da keine bürgerliche Regierung Polens auf die Kolonisierung verzichten kann), nur für diejenigen unbedeutenden Teil der ukrainischen und weißrussischen Bauern ein Trost sein, der imstande ist, für gutes Geld sich Land zu kaufen; das muß um so mehr hervorgehoben werden, als die gegenwärtige Pilsudski-Regierung die im vorigen Jahre vom Sejm angenommene Agrarreform beseitigen will. Der Kern dieser neuen Pilsudskischen „Agrarreform“ soll nicht in der Schaffung einzelner Wirt-

* Bis in die letzte Zeit befaßte sich mit den Angelegenheiten der nationalen Minderheiten die entsprechende Sektion beim Politischen Komitee des Ministerrats. Die Regierung der „moralischen Sanierung“ beseitigte diese Sektionen und schuf „eine Kommission von Fachleuten“, die beim Ministerium des Innern tätig ist. Der Vorsitzende dieser Kommission ist der Minister des Innern, ihre Mitglieder Wassilewski (bekanntes Mitglied der PPS, Verfasser des Buches „Die ukrainische nationale Frage“), A. Löwenherz und Zwierzynski.

schaften, sondern in der Zusammenlegung bzw. einer gewissen Erweiterung der schon bestehenden Bauernwirtschaften liegen. Diese Reform soll den Staat vor überflüssigen Ausgaben für Inventar und Produktionsmittel (für neue Wirtschaften) bewahren und in keinerlei Weise die Interessen der Gutsbesitzer verletzen, sondern ihnen die Möglichkeit geben, unrentables und für sie überflüssiges Land gegen einen hohen Preis zu verkaufen und ihr Betriebskapital, das sie zur Intensivierung ihrer Wirtschaft brauchen, zu vergrößern.

5. Die Subsidierung der Wirtschaftsinstitutionen (Genossenschaften, Banken) soll augenscheinlich auch erfolgen, wenn es die Finanzen erlauben.

6. Die Wiederherstellung der lokalen Selbstverwaltung. Es handelt sich anscheinend um das Projekt der Selbstverwaltung, das gegenwärtig von allen politischen Parteien leidenschaftlich diskutiert wird. Diese Selbstverwaltung soll den Dorfgemeinden selbst jene Rechte nehmen, die sie unter Oesterreichs Herrschaft (Galizien) hatten, sie soll sie der Willkür der Starosten aussetzen, die formell gewählt, in Wirklichkeit aber von den höchsten Verwaltungsorganen bestimmt werden sollen. Da die Starosten bezahlte Staatsbeamte sind, so würden sie nur eine neue Steuerlast für die Gemeinden bedeuten.

Dieses Projekt, das, wie der Leser sieht, den Ukrainern selbst jene Zugeständnisse nicht macht, die ihnen das selige Oesterreich machte, war Streitobjekt in der Sitzung des Ministerrats. Wie die polnische Presse mitteilt, drückte Mlodsianowskij, der frühere Minister des Innern, hauptsächlich auf wirtschaftliche Zugeständnisse, insbesondere zugunsten der Juden, Deutschen und Weißrussen, während Pilsudski für polnische Zugeständnisse in erster Linie an die Ukrainer und Weißrussen eintrat. In dieser Sitzung wurde die Frage nicht entschieden. Sie wurde wieder (nicht zum ersten- und auch nicht zum letztenmal) einer speziellen Kommission überwiesen.

Welche Wendung die Regelung der Beziehungen in Westukraine und West-Weißrußland auch nehmen sollte, eines ist eine unbestreitbare Tatsache: die ukrainische und weißrussische nationale Frage ist der gordische Knoten der polnischen nationalen Politik, dessen Lösung sehr problematisch scheint. Das bürgerlich-adlige Polen, das in das Prokrustesbett der inneren nationalen Widersprüche und der revolutionären Irredenta, die das bloße Bestehen der Sowjetrepubliken mit ihrer richtigen Nationalitätenpolitik (Ukrainisierung usw.) schafft, gezwängt ist — dieses Polen taumelt wie toll zwischen Projekten der Einverleibung der fremden Nationalitäten (National-Demokraten) und der Föderation (Pilsudski) hin und her und setzt in Wirklichkeit ein und dieselbe Politik des zoologischen Nationalismus und des weißen Terrors fort. In dem Artikel „Probleme der nationalen Minderheiten“ („Neuer Polnischer Kurier“, Regierungsorgan) ist Wl. Srokowski gezwungen, zuzugeben, daß „die polnische Demokratie unfähig ist, die nationale Frage zu lösen, die sich immer mehr zu einem unlösbaren Knäuel verwirrt, und daß sie bisher noch nicht die geringsten wesentlichen Maßnahmen in dieser Frage getroffen hat“. Die tönenden Phrasen dieser „Demokratie“ über Autonomie dürften wohl kaum jemals Wirklichkeit werden, da eine Autonomie nur die Macht

Polens in den Grenzgebieten verringern würde, was weder die Nationaldemokraten noch die PPS, weder St. Grabski noch Pilsudski jemals zulassen werden.

Das verbergen jetzt auch selbst jene Herrschaften aus der PPS nicht mehr, die die Autonomie immer im Munde führten. Holubko, der vor der Maiumwälzung noch ein eifriger Apostel der Autonomie für die östlichen Grenzgebiete war, schlägt jetzt wesentlich leisere Töne an. An dem Diskussionsabend, der am 16. Juni im Institut zum Studium der Probleme der nationalen Minderheiten* stattfand, erklärte er, daß die nationale Frage gegenwärtig nicht aktuell sei, da die Lösung dieser Frage durch den alten Verwaltungsapparat gehemmt werde. Seiner Auffassung nach müßte die Arbeit mit einer „nationalen Politik“ beginnen. Es sei notwendig, in erster Linie jene Hindernisse zu beseitigen, die der Autonomie im Wege stehen, und psychologische Voraussetzungen für die Bereitswilligkeit der ukrainischen öffentlichen Meinung für eine Verständigung zu schaffen. Auf welchem Wege diese „psychologischen Voraussetzungen“ geschaffen werden sollen, darüber schweigt Holubko sich aus. Wahrscheinlich sollen sie das Resultat der „Teeabende“ sein, die das „Institut der nationalen Minderheiten“ veranstaltet.

Eine ähnliche Stellung nimmt ein anderes Mitglied der PPS, S. Drescher, ein. In der oben genannten Broschüre, „Die nationale Frage in Polen“, schreibt er:

„Vor uns eröffnen sich jetzt breite Möglichkeiten, unsere Grenzpolitik zu verwirklichen (der Verfasser hat die Mai-Umwälzung im Auge). Die PPS steht auf dem Boden des Rechtes der Selbstbestimmung der Völker (?) und hat, von diesem Gesichtspunkt geleitet, das vom Abgeordneten Nedsalkowski ausgearbeitete Projekt einer territorialen Autonomie für die Ukraine angekündigt. Die Frage der Durchführung dieses Projektes ist eine Frage der Zukunft. Die polnische Öffentlichkeit hat diese Frage noch nicht diskutiert, sie hat sich bloß mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß es notwendig ist, in der nationalen Frage ein Minimalprogramm aufzustellen. Die Verteidigung dieses Projektes muß eher als ein Faktor propagandistischer Natur denn als reale Tatsache der Befestigung einer bereits eroberten Position gewertet werden. Statt dessen ist gegenwärtig außer der Verwaltungsreform, für welche das demokratische Lager nach wie vor kämpfen muß, von größter Wichtigkeit die Durchführung der Agrarreform in den Grenzgebieten, die Verbesserung des Schulwesens und schließlich der Beginn einer großzügigen Wirtschaftspolitik.“

Was die Weißrussen betrifft, so „versagt“ ihnen Herr Drescher das Recht auf eine Autonomie auch in der fernen Zukunft. Der Weißrusse „hat die polnische Kultur gerne angenommen, er anerkennt sie jetzt noch und wird zu einem Polen“. Deshalb muß im Gegensatz zum ukrainischen Programm „das weißrussische Programm, der Natur der Dinge nach, noch mehr gekürzt werden“. „Wir können gegenwärtig in der Republik keine Politik einer territorialen Autonomie für Weißrussland betreiben, einmal wegen der zahlenmäßigen Stellung der weißrussischen Bevölkerung zum polnischen Volke in den östlichen Gebieten, und dann auch wegen der realen Macht der weißrussischen Nationalisierung.“

* Das „Institut zum Studium der nationalen Minderheiten“ wurde vor etwa vier Monaten in Warschau geschaffen. An seiner Spitze steht Tugutt, dessen Tätigkeit sich auf „Teeabende“ und kameradschaftliche Unterhaltungen beschränkt.

Während also das Zugeständnis einer Autonomie für die Westukraine und Weißrußland keine reale Grundlage hat, außer der Debattierung dieser Frage auf den „Teeabenden“, die nicht ernst genommen werden kann, bemüht sich die Regierung der „moralischen Sanierung“, durch eine noch größere Bestechungspolitik als früher, das ukrainische und weißrussische kleinbürgerliche Lager für den Kampf gegen den revolutionären Osten auf ihre Seite zu ziehen.

Die ukrainischen Sozialrevolutionäre (Schapowal, Grigoriew, General Petrow u. a.) und die Menschewiki (Mertos, Bepalko, Botschkowski, Matjuschenko u. a.) benutzen Pilsudskis Regierungsantritt, um mit den weißrussischen und georgischen Emigrantenorganisationen auf der gemeinsamen Kampfplattform gegen die USSR zu einer Verständigung zu gelangen. Es wird die Schaffung einer „Liga der Ostvölker“ in den Vordergrund gerückt, deren Haupturheber Tschernow ist. Die Aufgabe dieser Liga ist Kampf gegen die USSR „bis zum endgültigen Siege“, dem dann der „Bund der östlichen Staaten“ folgen soll. Diesen Plänen schließt sich auch die PPS an, die das „Protektorat“ über die ukrainischen und weißrussischen Emigrantenorganisationen in Polen übernehmen soll. Die ukrainischen Sozialrevolutionäre pflegten bereits Verhandlungen mit der PPS, die jedoch zu keinen konkreten Ergebnissen führten, da die PPS in der künftigen Föderation des unabhängigen Polens mit der sogenannten unabhängigen Ukraine die Westukraine bei Polen behalten will. Im Zusammenhang mit dem Pilsudskischen Maiumsturz ist auch das eigentliche Petljura-Lager in Bewegung gekommen. Auf der Parade der Legionäre in Kielce, die aus Anlaß des zwölfjährigen Jahrestages von Pilsudskis Feldzug aus Krakau nach Kongreß-Polen stattfand, waren auch die Petljuraschen Ueberreste erschienen, um dem weißen Adler zu huldigen: „Wir Ukrainer, die wir uns auf fremden Boden befinden, glauben fest daran, daß die weißen Adler mit ihren Führern uns helfen werden, die Moskauer Ketten zu sprengen und unsere heilige Ukraine zu befreien.“

Das Petljura-Lager und die Pilsudskileute erinnerten sich ihrer alten Freundschaft vom Jahre 1920, und obwohl Pilsudski diesmal „aus Höflichkeit gegen die National-Demokraten“ den ukrainischen Ueberbleibseln öffentlich nichts verspricht, vergißt er sie heimlich doch keinen Augenblick. Es liegt die Absicht vor, den Petljura-Leuten Bürgerrechte einzuräumen, sie sollen bei den Vakanzen in staatlichen Institutionen die ersten Kandidaten sein, selbst zur polnischen Defensive (Geheimpolizei) sollen sie Zutritt haben (wo sie übrigens auch bereits schon dienen). Aus ihnen soll eine militärische Reserve geschaffen werden, die im Kriegsfall die Aufstellung ukrainischer Regimenter erleichtern soll. Mit Hilfe der Petljura-Leute sollen die „moralischen Sanierer“ auch in den westukrainischen Gebieten ein Netz von Parteien schaffen, das in Verbindung mit der Ochrana steht, wie es übrigens schon vor ihnen geschaffen worden ist. („Seljanski Prapor“ in Ostgalizien, die Gruppe des früheren Hetmanns Oskilko in Wolynien).

Den Petljura-Leuten stehen auch die westukrainischen kleinbürgerlichen Parteien der „Undowzy“* und „Radikalen“** nicht nach. Die Ermordung

* Undo — Ukrainische nationaldemokratische Vereinigung. Der rechte Flügel der Undo stützt sich auf die Geistlichkeit und bezahlte Staatsbeamte, auf die Handelsbourgeoisie usw., ist für den Kampf gegen die Kommunistische Partei und strebt nach einem

Petljuras hat mit aller Anschaulichkeit gezeigt, daß der Unterschied zwischen der pfäffischen „Undo“ und der Kulakenpartei der USRP, zwischen den Sozialpatrioten D. Lewitzki, D. Batschinski, deren Zahl Legion ist, und Schapowal, dem „Aktivisten“ aus dem Lager der Sozialrevolutionäre, nur äußerlich ist. Diese ganze Gesellschaft hebt Petljura in den Himmel und entfaltet in einheitlicher Front eine niederträchtige Lügen- und Hetz-Kampagne und eine antisemitisch-pogromistische Tätigkeit gegen die USSR. Die Ermordung Petljuras hat mit aller Anschaulichkeit gezeigt, wie das Warschauer westukrainische kleinbürgerliche Lager im trauten Verein mit der Petljura-Emigration auf Befehl der Londoner Börse bereit ist, dem westeuropäischen Kapital für ein Linsengericht seine Dienste anzubieten, wie es bereit ist, den gleichen Weg, wie 1918/20 zu gehen. Die ukrainischen Nationalisten haben die Ratschläge Steads, des Vertreters des englischen Auswärtigen Amtes, mit dem sie in Warschau Verhandlungen führten, befolgt. Während dieser Verhandlungen hat Stead ihnen nichts Konkretes versprochen, sondern ihnen nur geraten, alle sowjetfeindlichen Elemente um Pilsudski zu vereinigen. Dmitro Lewitzki, Peliwitsch, Lutzki, Poliew, diese Vertreter der Undo, verständigten sich mit Pilsudski dahin, daß dieser an die Ukraine Zugeständnisse machen werde, allerdings aber erst, nachdem der Widerstand der ND gebrochen und seine, Pilsudskis, Stellung in Polen befestigt sein wird. Gegenwärtig tritt in Wolynien (im Einverständnis mit der Undo) eine ganze Anzahl Petljura-Führer auf, dort hat sich u. a. Baranowski, der bekannte Genossenschaftler, niedergelassen, als Bankdirektor begibt sich Alexander Kowalewski nach Wolynien usw. Es zirkulieren hartnäckig Gerüchte, daß die Podesbrat-Akademie aus der Tschechoslowakei nach Wolynien überführt werde, wo sie aus Staatsmitteln erhalten werden soll.

Hinter den ukrainischen Nationalisten stehen auch die weißrussischen Nationalisten nicht zurück. Die Gruppe Pawlekewitsch, die Ueberbleibsel von Balachowitsch, stellen die Losung eines Anschlusses des östlichen Weißrußlands an das westliche auf. Die Unabhängigen, die sich um die Fahne von Jaremitsch und des Geistlichen Stankewitsch scharen, „betrachten als ihr Ideal die Unabhängigkeit der Vereinigten Gebiete des weißrussischen Volkes und die freundschaftlichen Beziehungen zu den benachbarten Völkern durch eine Föderation mit ihnen“.

Aber auch diesmal werden die ukrainischen und weißrussischen Konterrevolutionäre in ihren Hoffnungen getäuscht werden. Das Auftauchen oppositioneller Strömungen innerhalb der Undo und der Tendenzen zu einer Vereinigung der linken Bauernparteien „Selanskij Sojus“ (Wolynien) und

Kompromiß mit dem weißen Warschau. Der linke Flügel (Gruppe Rada) stützt sich hauptsächlich auf die arbeitende Intelligenz und auf einige Gruppen der ausgebeuteten Bauernschaft, ist gegen ein Kompromiß mit dem bürgerlichen Polen und nimmt eine sowjetfreundliche Stellung ein.

** USRP — Ukrainische Radikal-Sozialistische Partei — ist ebenfalls nicht einheitlich. In ihren Reihen zeigen sich dreierlei Richtungen: a) eine rechte (ein Teil der Parteispitzen mit dem Führer L. Batschinsky), erstrebt Zusammenarbeit mit der Undo; b) Zentrum, befindet sich unter dem Einfluß der ukrainischen SR-Emigranten (Schapowal), steht auf dem Boden eines unversöhnlichen Kampfes gegen die Kommunisten und eines Kampfes gegen die Undo; c) linke Richtung, das sind die Bauern in der Partei, die mit der Politik der Parteiführer unzufrieden sind (besonders in den Kreisen Rogatin, Stanislaw, Kolomea u. a.), zeigen eine Tendenz zur KP der Westukraine.

der „Wolja Naroda“ (Galizien) zu einem gemeinsamen Klassenkampf, die Festigung des Einflusses der weißrussischen Bauernschaft, die in der „Hromada“ vereinigt ist, das alles zeugt von der Radikalisierung der Massen und von dem Bestreben, eine Einheitsfront mit dem Proletariat Polens herzustellen. Ehe es den ukrainischen und weißrussischen Lakaien der westeuropäischen „Zivilisation“ (lies „Kapital“) gelingt, ihre Hand zur Unterstützung neuer Kriegsabenteuer gegen die USSR zu bieten, wird diese Hand im Befreiungskampfe der Arbeiter und Bauern abgehauen werden.

EIN BRITISCHER KOMMUNIST: PROBLEME DES ENGLISCHEN IMPERIUMS* (Bemerkungen für einen Forschungs-Arbeiter)

1. Zentrifugale Tendenzen

Es wäre sehr falsch, in der eben zu Ende gegangenen Reichskonferenz nichts weiter sehen zu wollen als eine neue Bestätigung der Zerfallstendenz im englischen Imperium. Im Gegenteil, diese Konferenz demonstriert sehr eindringlich die Tatsache, daß innerhalb der Kapitalistenklasse von England sowohl wie der der Dominions eine sehr starke Tendenz besteht, den Zusammenhang des Weltreiches zu verstärken, und daß diese Tendenz nun auch zu praktischen Vorschlägen gelangt. Nichtsdestoweniger äußerst sich die allgemeine zentrifugale Bewegung neuerdings wieder schärfer, und gerade die Maßnahmen, die beschlossen oder über die diskutiert wurde, nämlich die „Rationalisierung“ des Imperiums, müssen und werden im Verlauf der Zeit diese Bewegung beschleunigen.

Aber die Zeit ist vorbei, wo wir uns begnügen konnten mit einer einfachen Analyse des Niedergangs des englischen und des Anwachsens des amerikanischen Handelsanteils in den Dominions oder des immer stärker werdenden Eindringens des amerikanischen und der entsprechenden Verdrängung des englischen Finanzkapitals. Unsere Aufmerksamkeit muß sich jetzt von den englischen Blaubüchern den Blaubüchern der Dominions zuwenden: zuerst und vor allen Dingen, um den Grad der Industrialisierung, den diese erreicht haben, festzustellen. Nur das objektive Studium dieser Frage — des relativen Gewichtes der Industrieproduktion im Totalexport der Dominions im Verlauf der Jahre, der Entwicklung ihres inneren Marktes von Jahr zu Jahr, der fortschreitenden Kapitalsakkumulation, der Entwicklung ihrer eigenen Industrien — kann uns ein wirkliches Gemälde von der gegenwärtigen Stärke gerade dieses fundamentalen Faktors geben, der im weiteren Verlauf die Bourgeoisie der Dominions zur Unabhängigkeit und Lösung vom Imperium hindrängt. Ein solches gründliches Studium wird eine gesunde Korrektur eines übertriebenen Optimismus zur Folge haben, gleichzeitig aber auch unser Vertrauen in den endgültigen Sieg unserer Sache stärken.

Auf politischem Gebiet ist eine entsprechende Untersuchung und Analyse vorzunehmen. Es ist zwecklos, sich auf solche Barometerschwankungen

* Wir bringen den interessanten Aufsatz des britischen Kommunisten und bemerken gleichzeitig, daß wir einige Thesen dieses Aufsatzes für strittig halten. Die Redaktion.

zu beschränken, wie den Flaggenstreit in Südafrika, die Rede Herzogs bei der Eröffnung der Reichskonferenz, die Wahlen in Kanada usw., oder selbst die politischen Resolutionen, die am Schluß der Konferenz angenommen wurden (volle diplomatische Rechte der Dominions, Recht derselben, mit der englischen Regierung direkt zu verhandeln, die Aenderungen in der Betitelung des Königs usw.), das alles war in Wirklichkeit nur die Fixierung eines schon bestehenden Zustandes, über den schon seit Monaten in „Round Table“ und in anderen imperialistischen Organen ausführlich geschrieben wurde. Welches sind die Klassenkräfte, die in Kanada für eine Loslösung vom Reiche eintreten? Inwieweit tritt in Südafrika in der Frage der Loslösung der „Arbeiter- und Bauernblock“ der Buren-Farmer und der Arbeiteraristokratie geschlossen und unversöhnlich gegen die großen Bergwerkskapitalisten auf? Wie ist die australische Bourgeoisie in der Frage der Loslösung vom Reich gespalten? Und welches relative ökonomische Gewicht haben diese verschiedenen Kräfte? Das sind Fragen, die hinsichtlich Indiens bereits studiert worden sind, über die aber die Kommunistische Internationale, hinsichtlich der weißen Dominions, nur sehr mangelhaft informiert ist. Ohne eine solche Information ist aber weder eine richtige politische Analyse von einem Augenblick zum andern möglich noch eine wirkliche Führung unserer Bruderparteien in den Dominions, die gegen enorme Schwierigkeiten anzukämpfen haben.

2. Zentripetale Tendenzen

Von der Erklärung abgesehen, die von Herzog bei der Eröffnung der Reichskonferenz abgegeben wurde, und in der er (sowohl zu demagogischen Zwecken bei sich zu Hause als auch zu einem anderen, direkt mit den Konferenzangelegenheiten in Beziehung stehenden Zweck) seine Absicht bekannt gab, die ganze Frage der staatsrechtlichen und nationalen Rechte der Dominions aufzurollen, war auf der Konferenz das bedeutendste Ereignis eine Reihe gemeinsamer Erklärungen der Vertreter der Dominions und Englands zur Frage der Mandate, ferner die Reden zum Problem einer Reichsluftverbindung und das Interesse, das der Flottenstation Singapore entgegengebracht wurde. Natürlich ist anzunehmen, daß die englische Regierung nur solches Material veröffentlicht, das den Einheitsgedanken wahrt und stärkt und ihn nicht diskutiert. Doch das ändert nichts an der Tatsache, daß diese zwei Debatten vor uns Perspektiven eröffnen von anderer Art als die, die wir bisher gewohnt waren zu sehen.

Der einheitliche Protest gegen den Versuch der Mandatskommission des Völkerbundes, mittels eines Fragebogens die Verwaltung der Mandate einer Untersuchung zu unterziehen, offenbarte, daß die Dominions über die Rolle bloßer Märkte für die englischen Industrieprodukte hinausgewachsen sind, daß sie selber zu unabhängig funktionierenden imperialistischen Staaten werden, die bestrebt sind, Kolonialmärkte auf eigene Rechnung auszubeuten: so Australien hinsichtlich Neu-Guineas, Südafrika in bezug auf die früheren deutschen Kolonien in Afrika, Neuseeland in bezug auf Samoa. Alle sind gemeinsam daran interessiert, die Einmischung des Völkerbundes zurückzuweisen. Und daraus entsteht ein doppeltes Interesse an der Aufrechterhaltung der Verbindung mit England: 1. aus militärischen Gründen,

wie die Debatte über die Reichsluftwege und die Unterstützung des Singapore-Projektes beweisen, und 2. aus finanziellen Gründen. Geld, ohne das die Mandate nicht richtig ausgebeutet werden können, wäre zwar in den Vereinigten Staaten billiger zu haben als in England. Aber haben andererseits die amerikanischen Industriemagnaten ein Interesse an der Entwicklung der Industrie in den Dominions, und kann nicht der englische Imperialismus einige Vorteile bieten, die diesen billigeren amerikanischen Zins aufwiegen?

Hier müssen wir den Blick über die Geheimsitzungen der Reichskonferenz hinauslenken, um den Weg zu finden. Sir Alfred Mond, einer der größten „Schwerindustriellen“ von England (Kohle, Eisen, Stahl, chemische Produkte), verkündete die erfolgreiche Gründung eines „Reichstrusts“ mit einem Kapital von 56 Millionen Pfund zu Zwecken der Produktion und des Verkaufs chemischer und metallurgischer Produkte, wobei er öffentlich, und zwar in Form einer ganzen Theorie, erklärte, daß dies die neuen Wege seien, auf welchen das englische Imperium vorwärtsschreiten müsse: England, das aufgehört hat, die Werkstätte der Welt zu sein, solle auch auf seine Stellung als Werkstätte des Imperiums verzichten und statt dessen zu seinem Bankhaus werden. England als finanzielles Zentrum, die Dominions als Industriezentren (indem sie von England sowohl die industrielle Ausrüstung übernehmen als auch seinen Bevölkerungsüberschuß aufsaugen), der Zusammenschluß der Kapitalisten des Imperiums zur Ausbeutung des Proletariats und der Bauernschaft des Imperiums — das sind die inneren Aufgaben; die äußeren — Stärkung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt gegenüber den Vereinigten Staaten und Deutschland. Dies war das Gemälde, das von Mond ausgemalt wurde.

Monds Vorschläge bewegen sich, wie wir sehen, auf derselben Linie wie die öffentlichen Debatten auf der Reichskonferenz: sie wurden von der Presse, wenn auch nicht laut, so doch mit sympathischem Murmeln begrüßt; und vor allen Dingen, sie malen einen Prozeß, der teilweise schon begonnen hat (zum mindesten in der Form der tatsächlichen Ueberführung der Baumwollfabrikation von Lancashire nach Indien).

Und diese Situation weist uns ein neues Forschungsgebiet von allererster Wichtigkeit, von dessen Bearbeitung eine richtige Einschätzung der zentripetalen Kräfte innerhalb des englischen Weltreiches abhängt. Wie groß ist das Ausmaß der Uebersiedlung von Industriekapital aus England nach den Dominions? Wie weit werden Konzerne, die scheinbar mit der englischen Industrie in den Dominions und Kolonien „konkurrieren“, von Finanztrusts beherrscht und kontrolliert, die ihren Mittelpunkt in England haben? Welches ist die relative Proportion des Einkommens aus dem Handel und des Einkommens aus Kapitalanlage in England einerseits und dem übrigen Imperium andererseits, und in welcher Richtung verschiebt sich dieses Verhältnis? Wie weit hat Kapital aus den Dominions in die Kolonien und in die Mandatgebiete einzudringen vermocht, und in welchem Ausmaße mit englischer Hilfe? Welche Fortschritte sind zu verzeichnen in bezug auf die Tendenz, innerhalb des englischen Weltreiches sich gegenseitig zu ergänzen, wobei in Betracht fallen ebensowohl die handelsstatistischen Zahlen zwischen den Dominions als auch zwischen Australien, Indien, Südafrika und Kanada?

Noch einmal, es sind die Blaubücher der Dominions, die Steuerberichte, die Berichte über neue Kapitalanlagen und die Berichte der Gesellschaften,

denen wir unsere Aufmerksamkeit schenken müssen, im Interesse einer richtigen Beurteilung der Frage des Niedergangs des englischen Imperialismus.

3. Stabilisierung oder Zerfall?

Was sich auf der Reichskonferenz von 1926 und anlässlich derselben ereignete, hat gezeigt, daß nicht nur die allgemeine Tendenz zum Niedergang des englischen Weltreiches fort dauert, sondern daß andererseits gewaltige Anstrengungen gemacht werden zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen Funktionen und auch einer entsprechenden politischen Neuregelung. Diese Anstrengungen hatten einige Erfolge; es ist möglich, daß ihnen weitere folgen.

Bedeutet dies, wie einige Genossen scheinbar geneigt sind zu glauben, eine bloße „Transformation“ des englischen Kapitalismus, der dadurch eine neue Lebensfrist in einer neueren und höheren Form erhält? Zwingt uns diese „Transformation“, jetzt aufzuhören, von einem Niedergang des englischen Imperialismus zu sprechen und statt dessen eine neue Abart einer „überimperialistischen“ Theorie, speziell in bezug auf das englische Weltreich, zu akzeptieren, eine Theorie, die die Abänderung der Widersprüche durch kleine Reparaturen von der beschriebenen Art voraussieht? Denen, die dies behaupten, müssen wir antworten: „Zurück zu Lenins Imperialismus“. Denn in Wirklichkeit ist der genannte Prozeß nur der allerklarste und überzeugendste Beweis der Richtigkeit von Lenins Analyse des Imperialismus als der letzten Phase des Kapitalismus und der Entwicklung der spezifischen Züge des Parasitismus in der letzten Phase dieser letzten Phase. Und wie Lenin in seinem Buche festgestellt hat, hebt das Eintreten in diese Phase die Widersprüche des Kapitalismus nicht auf, sondern verschärft sie hundertfach; es mildert den Klassenkampf nicht, sondern gestaltet ihn im Gegenteil hundertmal schärfer. Diese „Transformation“, kurz gesagt, ist ein Niedergang und nähert uns tatsächlich der Revolution mit gewaltigen Schritten. Welches sind die Gefahren, die die Existenz des englischen Imperialismus bedrohen und die Drohung der Revolution heraufbeschwören, die die letzte „Transformation“ des englischen Imperialismus verschärft und verschärfen muß? Erstens, wie es in unserem Parteibericht an die Komintern richtig heißt, „wird unvermeidlich die Umwandlung der englischen Kapitalisten zu einer vollständig parasitären Klasse und der Niedergang der englischen Industrie beschleunigt“. Dies verstärkt die Gefahr der proletarischen Revolution in England, natürlich unter der Voraussetzung einer revolutionären Führung durch die Kommunistische Partei. Zweitens, wir zitieren aus dem gleichen Bericht: „Innerhalb des englischen Weltreiches, das die wachsende Freiheitsbewegung der Kolonialvölker bedroht, die aus den Kämpfen der englischen Arbeiterklasse neue Kräfte saugen, wird der englische Imperialismus gezwungen sein, seine Unterdrückungsmaßnahmen zu verschärfen.“ Dazu kommt, daß die gesteigerte Ausbeutung durch die Bourgeoisie der Dominions, wenn die auf der Reichskonferenz vorgeschlagene und von Mond offen vertretene Politik im großen Maßstabe durchgeführt würde, diese Tendenz verschärfen müßte.

Drittens kann die Stabilisierung, die die englische Bourgeoisie durch einen rechtzeitigen Verzicht auf ihre industrielle und politische Monopolstellung

noch erreichen kann, nur eine vorübergehende sein. Der Prozeß der Industrialisierung im großen Maßstabe in den Dominions, die Akkumulation eines einheimischen Finanzkapitals daselbst, das Sinken der Profitrate in England und das Suchen nach neuen Märkten und neuen Bündnissen — das sind die unvermeidlichen Etappen, die einer „Mondifikation“ des englischen Weltreiches folgen werden, und diese Etappen führen nur um so sicherer zu einer Lostrennung der Dominions vom Imperium.

Viertens wird, wie Lenin es uns gezeigt hat, die Entwicklung eines verstümmelten englischen Weltreiches, das als dritte große kapitalistische Kombination auf dem Weltmarkt nicht nur gegen die mit ihm rivalisierenden kapitalistischen Staaten Amerikas und mit Deutschland konkurrieren muß, sondern sich auch in andauerndem Gegensatz zu der vierten Großmacht, der Sowjetunion, befindet, die Kriegsgefahr außerordentlich erhöhen, wie sie auch die zerstörende Wucht eines eventuellen Zusammenstoßes ganz ungeheuer vergrößert. Ebenso wenig vermag der jetzt gemachte Versuch einer Stabilisierung des Imperiums eine Garantie zu geben gegen die Möglichkeit eines in so schnellem Tempo vor sich gehenden Niedergangs des englischen Kapitalismus, daß der britische Imperialismus (wie 1914 der deutsche) nur die Wahl hat: entweder zu kämpfen, solange er noch die Kraft hat, oder den Moment kommen zu sehen, wo er zum Kampfe schon zu schwach sein wird.

Auch hier bietet sich unserer Forschungsarbeit ein weites Feld: das Wachstum der Rentnerklasse in England und ihre Beziehung zu den Kapitalinvestierungen im In- und Ausland und in den Kolonien; die faktische Bedeutung jener „neuen industriellen Revolution“, die Baldwin kürzlich in der Guildhall ankündigte und die in der Entwicklung gewisser Luxusgewerbe, der Elektrifizierung und der Weiterverarbeitung kolonialer Halbfertigprodukte, wie Oel und Kautschuk, besteht; die sich verschärfende Ausbeutung der Bauernschaft in den Kolonien, die Rückwirkung auf die Lebenshaltung der englischen Arbeiter, die Fortschritte der Arbeiter- und Bauernbewegung in den Kolonien; die bereits wirksamen und die künftigen wirtschaftlichen Widersprüche zwischen England und den Dominions, die Rückwirkung engerer Beziehungen zwischen England und den Dominions auf die Weltgegensätze — alles dies sind Fragen, die wir gründlich studieren müssen, wollen wir nicht nur die Lehren aus der Reichskonferenz im allgemeinen ziehen, sondern die Bedeutung der Reichskonferenz von 1926 im besonderen richtig einschätzen.

4. Gegen den Reformismus

Es ist klar, daß die Kommunistische Internationale und die Kommunistische Partei Englands ihren politischen Kampf weiter führen und verstärken müssen, ohne die endgültigen Ergebnisse all dieser Untersuchungen abzuwarten, in der Ueberzeugung, daß diese in dem Maße, wie die Zeit fortschreitet, ihrem Arsenal neue Waffen zuführen werden. Unsere gegenwärtigen Waffen werden überprüft, vervollkommnet und wahrscheinlich in vielen Hinsichten verbessert werden. Auch hier ist aufmerksames Studieren vonnöten, insbesondere hinsichtlich der mannigfachen Methoden, deren sich der Reformismus bedient, um die Hirne der englischen Arbeiter

zu vergiften, sie zu betrügen, zu korrumpieren, ihren Willen zu lähmen.

Hier lassen sich grob zwei Gruppen von Aufgaben unterscheiden. Die erste: der Kampf gegen die von den Reformisten gesäten Illusionen. Der Kampf gegen die von der Lansbury-Gruppe betriebene „linke“ Propaganda unter der Losung „sozialisiert das Imperium!“, d. h. „rührt nicht an das Imperium, bevor wir nicht eine sozialistische Regierung haben! Ermuntert die Kolonien nicht zur Revolte! Unternehmt nichts, was die Macht der englischen Imperialisten ernsthaft erschüttern könnte!“ Der Kampf gegen die „zentristische“ Propaganda der ILP-Führer, die diese unter der Losung „Staatlicher Einkauf von Lebensmitteln“ und „Dominions Home Rule für Indien“ führen, was auch wieder nur heißt: „Rührt beileibe nicht an das Imperium oder an die Macht der Imperialisten! Helft ihnen in der Fortführung ihres Geschäfts, wenn das den englischen Arbeitern bessere Lebensbedingungen verspricht. Sorgt euch nicht wegen der Konsolidierung der Macht der englischen Kapitalisten!“ Der Kampf gegen den offenen Imperialismus der schamlosen Verteidiger der Zusammenarbeit mit den Kapitalisten, der Macdonald, Thomas u. Co., die den Arbeitern das englische Imperium als einen gewaltigen Faktor des Friedens und der Demokratie schildern und dabei die Ausbeutung der 400 Millionen Arbeiter und Bauern innerhalb des Imperiums allein verheimlichen wie auch die gräßliche Realität des imperialistischen Gemetzels, das die Weltgegensätze, von denen der englische Imperialismus ein Teil ist, näher und näher bringen.

Der andere Kampf, den wir nach sorgfältiger Diskussion in unseren eigenen Reihen aufnehmen müssen, gilt dem alten und noch immer wirksamen Schlagwort der Reformisten: „Eine Revolution in England allein ist unmöglich, ein sozialistisches England würde ausgehungert werden, unsere Industrie zusammenbrechen, alle Märkte würden geschlossen werden, die Arbeiter sich gegen uns erheben usw. usw.“ Mit einem Wort, mit dem fortschreitenden Niedergang des englischen Kapitalismus und der Zuspitzung der Klassenbeziehungen in England und im britischen Imperium erhebt sich auch bei uns die Frage: „Ist der Aufbau des Sozialismus in unserem Lande allein möglich?“ Der Kampf gegen den Opportunismus und gegen opportunistische Tendenzen in dieser Frage wird in England nicht weniger scharf und bedeutungsvoll sein als in Rußland vor 25 Jahren.

Hier können nur wenige Umriss des Problems roh skizziert werden: die Veränderung der Weltlage, die das Wiedererscheinen der USSR zur Folge gehabt hat; die unmittelbaren Aufgaben der revolutionären Arbeiter gegenüber den unterdrückten Völkern des Imperiums und die praktische Wirkung, die eine tatsächliche Befreiung (sowohl wirtschaftlich als auch politisch) zur Folge haben wird; die Aufgabe, die einer englischen roten Flotte zufallen wird bei der Sicherung des Sieges der Revolution; die Möglichkeiten eines wirtschaftlichen Bündnisses zwischen den Arbeitern Englands und Irlands — diese und andere Seiten der Fragen, die eine Diktatur der Arbeiter in England zu lösen hätte, stehen in direkter Beziehung zur Frage des Niedergangs des britischen Imperiums.

Der siebenmonatige Kampf der Bergarbeiter hat überzeugend und endgültig gezeigt, daß die englische Arbeiterklasse eines ebenso unvergleichlichen Heldenmutes und der gleichen hartnäckigen Ausdauer gegenüber einer scheinbar überwältigenden Uebermacht fähig ist, wie unsere russischen

Kameraden. Es ist die Aufgabe der Kommunisten, durch erbarmungslose und unaufhörliche Entlarvung der reformistischen Verleumdung und durch Aufhellung der objektiven Prozesse innerhalb des britischen Imperiums den Arbeitern zu beweisen, daß dieses Heldentum und diese Hartnäckigkeit die Errichtung einer Arbeiterrepublik in England zuwege bringen kann und wird.

HERMANN REMMELE:

DER FASCHISMUS IN DEUTSCHLAND

In den Jahren 1921—24 war der Faschismus in Deutschland eine breite volkstümliche Massenbewegung, und mehr als einmal versuchte er in diesen Jahren, die politische Macht an sich zu reißen. Der Hitlerputsch im Oktober 1923, der Küstriner Putsch u. a. sind noch in guter Erinnerung.

Der Faschismus in Deutschland hatte zwei Wurzeln: Erstens, die am Ende des Krieges entwurzelte und vor einem Nichts stehende Offizierskaste, die gewohnt war zu „herrschen“. Jene, die eine Welt erobern wollten, um zu befehlen, bildeten in der jungen Republik den Schutt, den Abfall der Gesellschaft. Diese Schicht bildete mit all ihrer militaristischen Romantik, deren übelste Auswüchse die Feme- und Geheimbundorganisationen waren, den Kern der Bewegung. Die zweite Wurzel hatte der Faschismus in den Millionen der enttäuschten und betrogenen Arbeiter- und Mittelstandsmassen, die in den Novembertagen alle ihre Hoffnungen auf die Lösung der sozialen Uebel durch die Sozialdemokratie gesetzt hatten und sich durch den schlimmsten Verrat in ihren Interessen auf das elendste betrogen sahen. Diese zweite Wurzel schuf die volkstümliche Massenbewegung, mit Riesenversammlungen, eindrucksvollen Straßendemonstrationen, militärischen Aufmärschen, die sich bis zum bewaffneten Aufstand steigerten. Erst diese Massenbewegung gab das Relief des „sieghaften Faschismus“.

In den Jahren 1921—23 bildete die objektive Basis des Faschismus in Deutschland: 1. Die Fortführung des Krieges durch den Versailler Raubvertrag, die Okkupation ganzer Provinzen, (die ihren Höhepunkt in der Ruhrbesetzung erlangte), was im deutschen Kleinbürgertum und in den mit kleinbürgerlichen Illusionen erfüllten Arbeitermassen eine starke nationalistische Welle auslöste; 2. die bis 1922 langsam zunehmende, im Jahre 1923 ins Uferlose gehende Inflation, die die bürgerlichen Mittelschichten restlos enteignete, die Hungerrationen der Arbeiter auf das Sterbeniveau brachte, was in allen Volkskreisen eine nie gekannte Panikstimmung auslöste, Ereignisse, die dem wildesten Chauvinismus die Zügel schießen ließen und 3. die umfassende Besitzveränderung durch offenen Raub, Plünderung und Gaunerei der Hochfinanz und eigenartige Trustbildungen à la Stinnes usw., die der Bewegung die Hauptnahrung des Antisemitismus lieferte. Als besonders wichtige subjektive Faktoren für das Wachstum des Faschismus jener Zeit waren zu verzeichnen: 1. die umfassende und Millionen opfernde finanzielle Unterstützung der Schwerindustrie, die die drohende Gefahr der sozialen Revolu-

tion nur mit einer zuverlässigen Prätorianergarde im Blute ersticken konnte und 2. die umfassende Unterstützung durch die sogenannte „republikanische“ Regierung und den gesamten Staatsapparat, die die faschistischen Kampfverbände organisierten, bewaffneten, die Arbeiter entwaffneten und die Zuchthäuser mit revolutionären Kämpfern füllten, den Faschisten aber für alle Verbrechen Straffreiheit garantierten.

Will man die Stärke des Faschismus in jenen Jahren würdigen, muß man folgende Zahlen beachten: Bei den Reichstagswahlen 1920 erhielten die Sozialdemokraten 11 151 211 Stimmen und 186 Abgeordnete, die Kommunisten 589 454 Stimmen und 2 Abgeordnete, die Faschisten 2 2 93 2 Stimmen und keinen Abgeordneten. Im Mai 1924 erhielten die Sozialdemokraten nur noch 5 275 891 Stimmen und 100 Abgeordnete, die Kommunisten erhielten 3 746 643 Stimmen und 62 Abgeordnete, die Faschisten 1 7 6 1 9 6 1 und 3 6 Abgeordnete. Die Sozialdemokraten verloren also 6 Millionen Stimmen, wovon die Kommunisten $3\frac{1}{4}$ Millionen, die Faschisten $1\frac{1}{4}$ Millionen gewannen, d. h. $\frac{3}{4}$ der von den Sozialdemokraten verlorenen Wähler gingen zu den Kommunisten über, $\frac{1}{4}$ zu den Faschisten.

Die Wahlen im Mai 1924 fanden aber zu einer Zeit statt, als der Faschismus als Massenbewegung in Deutschland bereits im Niedergang war. Die zusammengebrochenen Putsche in München und Küstrin kompromittierten die Bewegung. Dann kam hinzu, daß die Geldgeber des Faschismus, die Großindustriellen, in die Große Koalition mit den Sozialdemokraten gingen und ihre an die faschistischen Organisationen geleisteten Zahlungen einstellten, die Markstabilisierung liquidierte die Panikstimmung. u. a. m., so daß es von da ab, ebenso schnell wie die Massenbewegung entstanden war, mit ihr bergab zu gehen begann. Im Dezember 1924 erhielten bei den Reichstagswahlen die Sozialdemokraten wieder 7 979 772 Stimmen und 131 Abgeordnete, die Kommunisten noch 2 708 345 Stimmen und 45 Abgeordnete, die Faschisten noch 1 066 096 Stimmen und 14 Abgeordnete. Die Kommunisten mußten von ihren $3\frac{1}{4}$ Millionen 1 Million, die Faschisten von ihren $1\frac{1}{4}$ Millionen $\frac{3}{4}$ Million an die Sozialdemokratie abgeben.

Bei den Reichspräsidentenwahlen im März 1925, also nur drei Monate später, erfolgte dann der katastrophale Zusammenbruch der faschistischen Massenbewegung. Bei dieser Wahl erhielten die Sozialdemokraten 7 802 497 Stimmen, die Kommunisten 1 931 591, die Faschisten nur noch 2 85 7 93 Stimmen. Die Sozialdemokraten gingen um 177 000 Stimmen, die Kommunisten 776 000 Stimmen zurück, während von den Faschisten fast überhaupt nichts mehr übrig blieb. Mit ihrem Verlust von 780 000 Stimmen bei dieser Wahl verloren die Faschisten ihre ganze Bedeutung als Massenbewegung. Die Massen, die aus dem sozialdemokratischen Anhang zu ihnen gekommen waren und der Bewegung den Schwung und das breite Relief gegeben haben, sind wieder zur Sozialdemokratie zurückgekehrt. Das steht nicht im Widerspruch mit der Tatsache, daß sich auch neuerdings immer wieder zum Faschismus neigende Splitter von der Sozialdemokratie abtrennen. Die Entstehung der sogenannten „National-sozialen Partei“, geführt von dem alten Sozialdemokraten und Baltikumkämpfer Winnig,

die Loslösung der sogenannten „Alten Sozialdemokratischen Partei“ in Sachsen zeigen, daß im Schoße der Sozialdemokratie noch genügend Rohstoff für die faschistische Bewegung vorhanden ist. Doch haben diese neueren Erscheinungen keinerlei bedeutende Massenbewegungen auslösen können.

Die Ursachen, die maßgebend waren für den Rückgang des kommunistischen Einflusses, der auch ein ganz erheblicher war, haben wenig oder fast nichts zu tun mit dem vollkommenen Bankrott der faschistischen Massenbewegung. Das beweist die Tatsache, daß in derselben Zeit, in der der Faschismus immer weiter zurückgegangen ist, die Kurve des Einflusses und des Massenanhanges der Kommunisten eine starke Wendung nach oben genommen hat. Erst vor einigen Tagen bewiesen die Landtagswahlen in Sachsen, daß der Einfluß und der Anhang der Kommunisten wieder seiner Höchstkurve entgegengeht. Diese Wahl brachte uns 342 112 Stimmen gegen 266 864 im Jahre 1922 und 293 000 bei den Reichstagswahlen im Dezember 1924. Das sind also 49 000 Stimmen mehr als im Dezember 1924. Das Resultat der Sachsenwahl auf das Reich übertragen bedeutet, daß wir wieder $3\frac{1}{4}$ Millionen Anhänger mustern gegen $3\frac{3}{4}$ Millionen im Mai 1924, wo wir den höchsten Stand erreicht hatten.* Unsere Mandate in Sachsen stiegen von 10 auf 14, die der Sozialdemokraten ging von 40 auf 35 zurück.

Die Ursache, daß in der gegenwärtigen Periode des zunehmenden Revolutionierungsprozesses der deutschen Arbeiterklasse und des erneuten Aufstieges der kommunistischen Bewegung nicht auch zugleich der Faschismus als Massenbewegung an Boden gewinnt, ist in der Hauptsache objektiver Natur. Heute sind in Deutschland gegenüber 1923 vollkommen veränderte wirtschaftliche und politische Verhältnisse. 1923 waren die „armen“ deutschen Industriellen an Rhein und Ruhr die von der Entente „b e r a u b t e n“ Nationalhelden der Bourgeoisie, heute sind sie die Verbündeten des „Erbfeindes“, der Loucheur und Poincaré; 1923 marschierten die Franzosen an die Ruhr, heute gehen sie selbst hinter die Saar zurück; 1923 ging der Marktsturz ins Uferlose, und die Spargroschen und Renten des Kleinbürgers verwandelten sich in blauen Dunst, heute beginnt der Kleinbürger erneut zu sparen; 1923 fraßen die Faschisten zu jedem Frühstück einen Juden, heute sind sie ihre treuesten Verbündeten in den Parlamenten und Amtsstuben; 1923 gebärdeten sich die Faschisten als die Todfeinde der Juden-

* Inzwischen fanden in Deutschland erneut Wahlen statt, die den Aufstieg der kommunistischen Bewegung noch stärker unterstreichen. Am 14. November waren in Sachsen und in Baden Gemeindevahlen. In Sachsen stieg unsere Stimmzahl gegenüber der vom 31. Oktober d. J. — also im Zeitraum von 14 Tagen — um weitere 10 bis 15 Prozent. Damit sind wir dort an das Wahlresultat vom Mai 1924 herangekommen. In Leipzig gewannen wir rund 8000 Stimmen, in Dresden 6500 usw. In Baden ist das Wahlresultat ebenso günstig wie in Sachsen. Auch dort sind wir nahezu an unsere Wahlresultate vom Mai 1924 herangekommen. Die Tatsache, daß in so weit entfernten Gebieten in Deutschland, wie es Sachsen und Baden sind, die gleichen Fortschritte zu verzeichnen sind, beweist, daß es sich hierbei nicht um örtliche oder provinzielle Erscheinungen handelt, sondern daß diese Linksbewegung der Arbeiterschaft in ganz Deutschland zu verzeichnen ist. Wenn man die Wahlresultate in Sachsen und in Baden auf das ganze Reich überträgt, würden Reichstagswahlen im jetzigen Zeitpunkt uns wahrscheinlich nahe an die Stimmziffer vom Mai 1924 heranbringen.

Bei all diesen Wahlen in der letzten Zeit konnten Faschisten nirgends nennenswerte Erfolge erzielen. Selbst in Sachsen, wo früher ihr Anhang stark war, ist er heute gleich Null. In Baden treten die Faschisten überhaupt nicht in Erscheinung.

regierung, heute sitzen sie selbst in Ministerien oder sind die treuesten Lakaien der Regierungen. Alles das ist natürlich keine geeignete Basis für eine erneute faschistische Massenbewegung.

Die faschistische Bewegung war in Deutschland nie eine einheitliche, zentral geleitete Organisation wie etwa der italienische Faschismus. Noch weniger ist sie es heute, wo die Bewegung als Massenerscheinung überhaupt nicht mehr auftritt. Ihr größter Zweig war die von dem großenwahnsinnigen Kleinbürger Hitler, der sich von seinen Anhängern stolz „der deutsche Mussolini“ nennen ließ, geführte „National-Sozialistische Arbeiterpartei“. Diese Bewegung hatte einen starken Arbeiteranhang, war straff zentralistisch organisiert, wurde diktatorisch von oben geleitet. Die Führung in der Partei hatten aber die Kleinbürger und die abgedankten Offiziere der alten Armee, die die Parteipolitik durch das Kasernenhofkommando ersetzten. Dieser Zweig ist mit dem Bankrott des Hitler-Putsches zusammengebrochen und konnte sich trotz aller Anstrengungen nicht mehr erholen. Die Arbeiter wendeten ihm den Rücken. Diese Bewegung beschränkte sich nur auf Süddeutschland, und dort besonders auf Bayern.

Die zweitstärkste Organisation des Faschismus war die sich nur auf Norddeutschland beschränkende „Deutschvölkische Freiheitspartei“. Diese von dem Junker von Gräfe und dem tüchtigen Geschäftemacher Wulle geführte Bewegung war mehr monarchistisch-kleinbürgerlichen Charakters mit einem agrarischen Einschlag. Arbeiter haben sich dieser Richtung wenig angeschlossen. Diese Richtung gelangte in Mecklenburg, Thüringen und anderen kleinen Bundesstaaten mit anderen bürgerlichen Parteien in die Landesregierung und hat sich durch eine Reihe der schlimmsten Korruptionen ausgezeichnet, was nicht wenig zu ihrer Mißkreditierung beitrug. Diese „Partei“ tritt auch nirgends mehr als Massenbewegung in Erscheinung.

Neben diesen beiden politischen Parteien bestand der Faschismus noch aus einer Reihe von Wehrverbänden militärischer Art, die lediglich militärisch aufgezogen waren. Alle diese Parteien und Verbände bekämpften einander meist auf das heftigste und boten sich in ihrem Rekrutierungsfeld die schärfste Konkurrenz. Das ist einer der subjektiven Gründe, warum in Deutschland der Faschismus so rasch Bankrott gemacht hat. In den Wehrverbänden treiben die bankrotte Soldateska, die pensionierten Offiziere der ehemaligen Armee ihr Unwesen weiter. Ihre „Truppen“ bestehen aus halbwüchsigen Gymnasiasten, Studenten der Hochschulen und Universitäten und einem Teil der bürgerlichen Intelligenz. Ihre Anhänger sitzen in den Amtsstuben der Republik, und ganz besonders als Staatsanwälte und Richter in den Gerichtshöfen der Klassenjustiz, wo sie „Im Namen des Volkes“ die proletarischen Klassenkämpfer meucheln, die Mörder, Einbrecher, Gauner aus der eigenen Kaste, die deklassierten Banditen des Faschismus freisprechen. Das ist alles, was heute noch von der einstmaligen faschistischen Massenbewegung übrig geblieben ist.

In der letzten Zeit haben mehrere Gerichtsverhandlungen in den Feme-mordprozessen der Schwarzen Reichswehr, die aus den faschistischen Kampfverbänden gebildet war, den Nachweis erbracht, daß die sogenannten „republikanischen Staatsmänner“ die eifrigsten Förderer des Faschismus in Deutschland waren. Der Sozialdemokrat und preußische Innenminister

Severing sorgte für die „Sicherheit“, daß die faschistischen Verbände sicher vor allen Störungen durch die Arbeiterschaft aufgebaut werden konnten, daß ihnen Freifahrt auf den Eisenbahnen gewährt wurde usw.; der demokratische Reichswehrminister Geßler organisierte und finanzierte die schwarzen Banden aus Reichsmitteln. Diese edle Gemeinschaft zwischen faschistischen Geheimorganisationen und den Sachwaltern der Republik segelte unter der Flagge „vaterländischer Belange“.

Der Faschismus als Massenbewegung ist in Deutschland bereits untergegangen. Was übrig blieb, ist der Abschaum der deklassierten Schicht des untergehenden Kleinbürgertums. Damit ist nicht gesagt, daß der Faschismus für alle Zeiten tot ist. Wenn die deutsche Bourgeoisie in erneuten revolutionären Zeiten sich in ihren Grundfesten bedroht sieht, wird sie erneut alle Anstrengungen machen, ihn zum Leben zu erwecken. Die sogenannten „republikanischen Staatsmänner“, von den Sozialdemokraten bis zu den Junkern, werden abermals im geheimen ihre Prätorianerhorden organisieren. Die Großindustriellen werden abermals Millionen und Millionen fließen lassen, um das „bedrängte Vaterland“, d. h. die Geldschränke, zu retten. Aber die Aufgabe der Kommunistischen Partei ist es — dafür zu sorgen, daß der Faschismus niemals wieder in den breiten Massen Wurzel zu fassen und zu einer Massenbewegung zu werden vermag, wenn sie das nächste Mal der Belastungsprobe, die ihr von der sozialen Revolution gestellt werden wird, besser gewachsen sein will als bisher.

S. DUBROWSKI:

LANDWIRTSCHAFT UND BAUERNSCHAFT UNTER DEN VERHÄLTNISSEN DER „STABILISIERUNG DES KAPITALISMUS“

Das Problem der Bauernschaft ist eines der Zentralprobleme der revolutionären Bewegung der Gegenwart.

Soweit die angebrochene internationale sozialistische Revolution mit den demokratischen Revolutionen in den vom Kapitalismus unterdrückten Kolonial- und Halbkolonialländern sowie in den Agrarländern mit Ueberresten von Leibeigenschaft zusammenhängt, besteht ihre ausschlaggebende Besonderheit in der gewaltigen Rolle der Bauernschaft. Die sozialistische Oktoberrevolution bedeutete in ihrer ersten Etappe gerade eine Bauernrevolution und die Liquidierung der halbleibeigenschaftlichen Gesellschaftsordnung auf dem flachen Lande. Die sozialistische Oktoberrevolution ihrerseits gab wiederum den Anstoß zur Entwicklung der Revolution im Osten.

Die Frage der Führung der Bauernschaft und der Bauernbewegung wird in solchen Fällen zum Zentralproblem der gesamten revolutionären Bewegung und der Taktik der revolutionären kommunistischen Parteien.

Die Frage der Führung hat Lenin in seiner Lehre von der Hegemonie des Proletariats gelöst.

Die Hegemonie des Proletariats bedeutet unter den Verhältnissen der Gegenwart vor allem: die Bauernschaft führen. Ganz zu schweigen von den fortgeschrittenen Ländern mit einem starken Proletariat und einer noch zahlreichen Bauernschaft, wo die Hegemonie des Proletariats selbstverständlich ist, sogar in den Ländern, wo das Proletariat überaus schwach ist, wird jede revolutionäre Bewegung der unterdrückten Massen, vor allem der Bauernmassen, unvermeidlich in den allgemeinen internationalen Kampf mit hineingezogen, in dem unter den Verhältnissen des Imperialismus und der Epoche der sozialistischen Revolution die Hegemonie unweigerlich dem Proletariat gehört.

Die Hegemonie des Proletariats und die Führung der Komintern ist der grundlegende Faktor in der Entwicklung der Befreiungsbewegung der Gegenwart — vor allem der Bauernbewegung.

Die Erkenntnis der Notwendigkeit eines Bündnisses mit der Arbeiterklasse und deren Führung dringt immer mehr in das Bewußtsein der breiten Bauernmassen ein und findet seinen Ausdruck in der Parole des Arbeiter- und Bauernblocks, in der Parole des Kampfes für die Arbeiter- und Bauernregierung.

Zu einer richtigen Führung der Bauernbewegung bedarf es vor allem eines richtigen Verständnisses der gegenwärtigen Lage der Landwirtschaft und der Bauernschaft sowie einer richtigen Beurteilung der Perspektiven der Bauernrevolution in den verschiedenen Ländern.

Bis in die letzte Zeit wurde die Lage der Landwirtschaft und der Bauernschaft unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Weltkrise der Nachkriegszeit sowie der Gegensätze betrachtet, die dadurch auf dem flachen Lande hervorgerufen wurden.

Unter den Verhältnissen der Gegenwart muß die Lage der Landwirtschaft und der Bauernschaft unter den besonderen Gesichtspunkten der gegenwärtigen relativen „Stabilisierung des Kapitalismus“ betrachtet werden.

Um eine richtige Perspektive zu gewinnen, muß klargestellt werden, in welcher Form die „Stabilisierung des Kapitalismus“ auf dem Gebiete der Landwirtschaft in Erscheinung tritt bzw. wie stark der Grad ihrer Festigkeit ist, und schließlich müssen alle spezifischen Widersprüche untersucht werden, die die „Stabilisierung des Kapitalismus“ in der Landwirtschaft mit sich bringt. Es muß Klarheit darüber geschaffen werden, ob die „Stabilisierung des Kapitalismus“ den Klassenkampf in der Landwirtschaft nach und nach abgeschwächt oder umgekehrt neue Voraussetzungen zu seiner Verschärfung geschaffen hat.

Um die letztere Frage zu klären, untersuchen wir zunächst, in welchem Maße die Agrarkrise nach dem Kriege bereits als überwunden gelten kann; ferner untersuchen wir die Auswirkung der Offensive des Finanzkapitals und des Imperialismus auf die Bauernschaft sowie die Folgen dieser Offensive.

Ist die Krise der Landwirtschaft überwunden?

In der Landwirtschaft sowohl wie auf dem Gebiete der Industrie nähert sich die Produktion dem Vorkriegsstand. Die Weltindexziffern über die Saatflächen und Ernteerträge im Weltmaßstabe zeigen für Getreidearten

100,7 Prozent bzw. 100,5 Prozent in den Jahren 1925/26, im Vergleich zu 1913. Etwas größer ist der Wiederaufbau der Landwirtschaft in bezug auf die technischen Kulturen. Auch auf dem Gebiete der Viehzucht nähern sich die Ziffern dem Vorkriegsstand. Dieser Wiederaufbauprozeß hat jedoch die ungeheuren Widersprüche des heutigen kapitalistischen Systems aufgerissen. Der Wiederaufbauprozeß vollzog sich in den einzelnen Ländern der Welt überaus ungleichmäßig. Während die landwirtschaftliche Produktion in den überseeischen Ländern, insbesondere in den Vereinigten Staaten und in Kanada, um 130 bis 140 Prozent und in einigen Fällen noch mehr im Vergleich zum Vorkriegsstand gestiegen ist, hält sich die Ziffer in Europa im Rahmen von 80, höchstens 90 Prozent; dieselbe Ungleichmäßigkeit des Wiederaufbauprozesses haben wir in den europäischen Ländern. Während die Landwirtschaft in einem Teil der Länder, in der Tschechoslowakei und in Jugoslawien, den Vorkriegsstand erreicht und ihn sogar überschritten hat, haben wir eine Reihe von Ländern, wie z. B. die baltischen Randstaaten, Deutschland und Frankreich, wo sich die Produktion im Rahmen von 80 bis 90 Prozent des Vorkriegsstandes hält. Diese Ungleichmäßigkeit der kapitalistischen Entwicklung auf dem Gebiete der Landwirtschaft in den einzelnen Ländern bildet die wesentliche Grundlage der Labilität der augenblicklichen Stabilisierung des Kapitalismus auf dem Gebiete der Landwirtschaft. Eine andere Grundlage dieser Labilität — ist die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der Landwirtschaft einerseits und der Industrie andererseits. Die scheinbare Beständigkeit der gegenwärtigen landwirtschaftlichen Konjunktur beruht vor allem darauf, daß die Produktion besonders in den vom Kriege betroffenen Ländern noch nicht entsprechend wiederaufgebaut wurde.

Die Produktion im Weltmaßstabe ist so weit wieder hergestellt, daß die Krise der Unterproduktion und dementsprechend die hohen Preise liquidiert werden konnten. Jedoch wurde die landwirtschaftliche Produktion nicht derart erweitert, daß im gegenwärtigen Moment eine Krise der Ueberproduktion eintreten könnte, und zwar gerade infolge der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der Landwirtschaft und der Industrie. Die Ueberproduktion von Getreide in den Getreide ausführenden überseeischen Ländern wird aufgewogen durch eine Unterproduktion in den europäischen Ländern. Die Folge dieses vorübergehenden, relativen und äußerst labilen Gleichgewichts war denn auch die Ueberwindung der Schere im Weltmaßstab. Diese Ueberwindung der Schere verläuft jedoch ebenfalls ungleichmäßig, wie die Entwicklung der kapitalistischen Produktion in der Landwirtschaft selbst. In den überseeischen exportierenden Ländern haben wir, sofern dort Elemente einer Ueberproduktion vorhanden sind, lediglich eine Tendenz zur Ueberwindung der Schere, aber noch nicht die Ueberwindung selbst. Wenn 1923 das Verhältnis der Indexpreise für Farmererzeugnisse zu den Indexpreisen für Industriewaren im Durchschnitt 79 betrug, so betrug es 1924 — 83, im Jahre 1925 — 89, im Juli 1926 — 85 und im August 1926 — 82. Im Vergleich zu 1923 haben wir also eine Tendenz zur Ueberwindung der „Schere“, die auf Kosten einer Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Produkte sowie auf Kosten einer Senkung der Preise für Inlanderzeugnisse vor sich geht. Wir sehen jedoch, daß im Juli/August 1926 die Schere noch keineswegs weit genug geschlossen war.

Wenn die relative Ueberproduktion in den überseeischen Ländern zu verhältnismäßig niedrigeren Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse führt und dementsprechend die Erscheinung der „Schere“, wenn auch mit einer geringeren Spannung als in den Jahren 1923/24, hervorruft, so ist die Schere in den europäischen Ländern, wo wir noch eine gewisse Unterproduktion haben, bereits geschlossen. Mehr noch, die Indexziffern für landwirtschaftliche Preise übersteigen die Indexziffern für Industriepreise. So z. B. betrug im Jahre 1923 in London das Verhältnis der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu den Indexziffern der Preise für Industrieerzeugnisse 90,0, im Jahre 1924 — 109,4, im Jahre 1925 — 110,7 und in der ersten Hälfte 1926 — 102,1. Wir haben es somit hier bereits mit der umgekehrten Erscheinungsform der Schere zu tun. Die gleiche Erscheinung, daß die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse jene der Industrieerzeugnisse übersteigen, haben wir auch in Deutschland, wo sie die Indexziffern der Industriepreise im Juli/August um 2 bis 4 Prozent überflügelt haben. Die Ungleichmäßigkeit in der Entwicklung der Produktion hat also auch eine Ungleichmäßigkeit in der Preisbewegung, und zwar die Erscheinung der Schere in den überseeischen Ländern — und die Beseitigung der Schere im Sinne einer Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse über das Niveau der Preise für Industriewaren in Europa erzeugt. In dessen erscheint in dem Maße, wie die Anbauflächen in den vom Kriege betroffenen und ruinierten Ländern Europas wiederhergestellt werden, und soweit in den überseeischen Ländern die Produktion eine Erweiterung erfährt, eine neue Agrarkrise unvermeidlich. Das Wiederauftreten der vorübergehend ausgeschiedenen Sowjetunion auf dem landwirtschaftlichen Weltmarkt, die Steigerung der Ausfuhr aus den Donauländern, die gleichfalls in den letzten Jahren ihre Ausfuhr verringert haben, läßt, angesichts der Tatsache, daß keinerlei entgegenwirkende Faktoren vorhanden sind, mit Unvermeidlichkeit die Gefahr einer Erschütterung des landwirtschaftlichen Weltmarktes entstehen. Die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der Landwirtschaft und der Industrie eröffnet die Perspektive einer neuen Agrarkrise, der gegenüber die Krise des Jahres 1923/24 nur ein Vorspiel war.

II. Finanzkapital, Imperialismus, moderne Landwirtschaft und Bauernschaft

Die Einwirkung des Finanzkapitals und des Imperialismus auf die moderne Landwirtschaft und die Bauernschaft vollzieht sich auf der Linie des Ruins der Bauernschaft durch das gesamte System des modernen Imperialismus, als der letzten Etappe des Kapitalismus, der allmählichen Unterwerfung der Landwirtschaft unter das moderne Monopolkapital, und schließlich verursacht die Landwirtschaft selbst einen verschärften Kampf zwischen dem Monopolkapital der verschiedenen kapitalistischen Staaten untereinander, um den Absatz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und zugleich einen Kampf um die Rohstoffe, die von der Landwirtschaft geliefert werden.

Die Stabilisierung des Kapitalismus erfolgt nicht nur auf Kosten des Proletariats, sondern auch durch Ausplünderung der breiten Bauernmassen. In allen Ländern ist eine beträchtliche Erhöhung der Besteuerung der Bauern-

schaft um das Zwei- bis Dreifache gegenüber der Vorkriegszeit eingetreten. Die Steuern lasten in ihrer ganzen Schwere auf den breiten Massen der Dorf- und Mittelbauern. Die Zunahme der Steuern wirkt sich besonders drückend in jenen Ländern aus, wo die landwirtschaftliche Produktion den Vorkriegsstand noch nicht erreicht hat, während die Steuern in erheblichem Grade höher sind als vor dem Kriege. Nicht nur die direkte Besteuerung der Bauernschaft ist gewachsen, sondern auch die indirekten Steuerlasten durch Besteuerung der Industrieerzeugnisse, besonders der Massenbedarfsgegenstände. Auch wurde die Akzise erhöht, die sich als eine besonders schwere Schädigung der Bauern in den Weinbaugebieten, in den Tabakpflanzgebieten usw. erweist.

Auf die Bauernschaft drücken auch die zunehmenden Lasten für die modernen Rüstungen und für die Vorbereitung zu neuen Kriegen. Ruiniert wird die Bauernschaft ferner durch die hohen Preise für industrielle Erzeugnisse. Letztere werden von den Bauern besonders scharf in jenen Ländern empfunden, wo, wie bereits oben erwähnt, die Schere zwischen den landwirtschaftlichen und Industriepreisen, wie z. B. in den überseeischen Ländern, nach wie vor weiter besteht. Dort z. B. kommen dem Farmer die landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen, Düngemittel usw. weit teurer zu stehen als vor dem Kriege. In anderen Ländern jedoch — sowohl in den europäischen als auch in den Kolonial- und Halbkolonialländern, geht der durch die Preiserhöhung für Agrarprodukte erzielte Unterschied entweder in die Tasche des Handelskapitals oder in die Tasche des Finanzkapitals, das den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten an sich reißt. Die Bauernschaft, die für ihre eigenen Erzeugnisse Unterpreise erzielt, muß beim Einkauf der Erzeugnisse der Industrie Ueberpreise bezahlen.

Der Ruin der Bauernschaft ist auch eine Folge der kapitalistischen Produktion selbst. Der Wiederaufbau der modernen Landwirtschaft ist ein Wiederaufbau der kapitalistischen Produktion unter den Verhältnissen eines verfaulenden Kapitalismus mit allen sich daraus ergebenden Widersprüchen. In den Ländern mit einem entwickelten Agrarkapitalismus bedeutet die Entwicklung der kapitalistischen Produktion, wie z. B. in den überseeischen Ländern, eine für die Kleinwirtschaften unerträgliche Konkurrenz der Großbetriebe, da die Großbetriebe weit produktiver sind als die Kleinbetriebe. Diese Konkurrenz wird durch den Monopolcharakter des Kapitalismus verschärft. Die Lage der Kleinbetriebe verschlechtert sich infolge der im Vergleich zu den Großbetrieben ungünstigen Produktions- und Absatzbedingungen immer mehr. In bezug auf Länder mit Ueberresten von Leibeigenschaft bedeutet die Entwicklung des Kapitalismus den Uebergang von der halbleibeigenschaftlichen Produktion zu der kapitalistischen, und dementsprechend den Ruin der Kleinbauernwirtschaft infolge der Erhöhung der Abarbeitungsleistungen, des Pachtzinses, des Sinkens des Arbeitslohnes usw. Die gegenwärtige Stabilisierung des Kapitalismus führt somit, abgesehen von der Verschlechterung der Lage der Bauernmassen, infolge der unmittelbaren Ausplünderung durch die Steuern, zu einem verstärkten Ruin der Bauernschaft durch den Prozeß der kapitalistischen Produktion selbst.

Wenn die kapitalistische Rationalisierung auf dem Gebiet der Industrie zu einer Senkung des Arbeitslohnes und zu einer Zunahme der Arbeitslosig-

keit führt, so bedeutet die Einführung vervollkommener Maschinen in der Landwirtschaft die Verdrängung der Arbeit des Landarbeiters und des Halbproletariers, die Senkung des Arbeitslohnes usw. Gleichzeitig bedeutet die kapitalistische Rationalisierung der Produktion, d. h. der Uebergang ohne Agrarrevolution von den rückständigen halbleibeigenschaftlichen Formen zu entwickelteren, kapitalistischen Formen, den schmerzlichsten Prozeß des Ruins der Bauernschaft als eines Anhängsels des halbleibeigenschaftlichen Wirtschaftsbetriebes, als Kleinproduzent mit eigenen Produktionsmitteln. In der Niedergangsperiode des Kapitalismus führt das unvermeidlich zur Revolutionierung der Bauernschaft.

Einen ungeheuren Einfluß auf die moderne Landwirtschaft und auf die Bauernschaft übt deren Erfassung durch das Finanzkapital aus. Diese Erfassung durch das Finanzkapital bewegt sich in der Richtung einer Erfassung der Landwirtschaft vermittels der Monopolisierung des Absatzes der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Eine ungeheure Rolle bei der Unterwerfung der landwirtschaftlichen Produktion unter das Finanzkapital spielt — unter kapitalistischen Verhältnissen — das Genossenschaftswesen und auch das System der landwirtschaftlichen Kreditgewährung. Das krassste Beispiel der Erfassung des Absatzes der landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch das Finanzkapital bilden die Monopolorganisationen auf dem Gebiete des Getreidehandels in den überseeischen Ländern. Dort sind auch Versuche im Gange zur Bildung eines Trusts für Ein- und Verkauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, hauptsächlich von Weizen. In diesen Ländern bewegt sich die Monopolisierung des Absatzes der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in der Richtung eines Ausbaus der Elevatoren und der Kühlanlagen, die beide in der Hand des Finanzkapitals sind. Das Finanzkapital strebt nicht nur nach monopolistischer Festsetzung der Verkaufspreise für die Erzeugnisse der Landwirtschaft, sondern auch der Einkaufspreise. Die Monopolisierung des Aufkaufs der Erzeugnisse der Landwirtschaft entwickelt sich auch in anderen Ländern, im besonderen auch in den europäischen. Hier bewegt sich die Monopolisierung vorerst nicht so sehr auf dem Gebiete der Getreideproduktion als vielmehr auf dem Gebiete der Erzeugnisse der Viehzucht, besonders der Milchwirtschaft, wie das z. B. in Dänemark der Fall ist, oder des Gartenbaues, des Weinbaues usw. In den Kolonial- und Halbkolonialländern setzt das Monopolkapital niedrige Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse und die von der Landwirtschaft gelieferten Rohstoffe fest, wodurch die örtliche Bauernschaft ruiniert wird. Ein Beispiel hierfür liefert die Praxis des Imperialismus in Indien, Indonesien und China.

Das Finanzkapital unterwirft sich die Landwirtschaft nicht nur beim Absatz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, sondern auch bei der Belieferung der Landwirtschaft mit Industrieerzeugnissen. Die Syndikate und Trusts für landwirtschaftliche Düngermittel, ganz zu schweigen von den übrigen industriellen Erzeugnissen, plündern die Bauernschaft durch hohe Preise. In den letzten Jahren ist eine Zunahme des Handelsprofits zu beobachten sowie eine Zunahme der Akkumulation des Handelskapitals sowie des den Handel erfassenden Finanzkapitals auf Kosten der breiten Bauernmassen.

Eine große Bedeutung bei der Unterwerfung der Landwirtschaft unter das Monopolkapital kommt dem Genossenschaftswesen zu. Unter den Verhältnissen der Diktatur des Proletariats und des sozialistischen Aufbaues werden die von der Genossenschaft erfaßten Kleinbauernbetriebe an das allgemeine System der sozialistischen Wirtschaft angeschlossen. Unter dem Finanzkapital werden die Kleinbauernwirtschaften durch das Genossenschaftswesen dem Monopolkapital unterworfen. Mehr noch. Das Genossenschaftswesen selbst wird zu einem Werkzeug des Monopolkapitals. Als Beispiel hierfür können eben jene kanadischen Getreideaufkauf-Zentralstellen (Pools) und -Ringe dienen, die durchweg gerade aus den Genossenschaftsorganisationen hervorgehen und die sich der Genossenschaften bedienen, um den Getreidehandel an sich zu reißen. Sie sind das Beispiel dafür, wie die Genossenschaftsorganisationen zu Aktiengesellschaften ausarten.

In anderen Ländern wahrt das Genossenschaftswesen noch ganz seine Bedeutung als Organisation der Kleinbauernwirtschaft bzw. als Mittel, mit dessen Hilfe die Kleinbauernwirtschaft ihre Positionen im Konkurrenzkampf gegen das Großkapital verteidigt.

In einer Reihe von Ländern wahrt das Genossenschaftswesen bis jetzt noch seine Bedeutung als Kampfinstrument, mit dessen Hilfe die Kleinbauernwirtschaft gegen die monopolistischen Tendenzen des Finanzkapitals ankämpft. Eine solche Rolle spielt das Genossenschaftswesen z. B. in den Kolonien — in Indien und Indonesien, wo die Bauernschaft (vor allem die wohlhabende) mit Hilfe des Genossenschaftswesens bemüht ist, dem Großkapital Positionen abzujagen, obwohl auch hier bereits die Tendenz zur Erfassung des Genossenschaftswesens durch das Finanzkapital vorhanden ist.

Große Bedeutung bei der Unterwerfung der Landwirtschaft unter das Finanzkapital hat die Entwicklung des Kreditsystems. Unter den Verhältnissen des Privateigentums an Grund und Boden findet der Hypothekenkredit eine ungeheure Verbreitung. In einer ganzen Reihe von Ländern ist, namentlich im Zusammenhang mit der Durchführung der sogenannten Agrarreformen, eine umfassende Kreditgewährung an die Bauernschaft zu Zwecken der sogenannten inneren Kolonisation für den Aufkauf von Grund und Boden im Gange.

Die Bestimmung des Kredites selbst führt somit dazu, daß der landwirtschaftlichen Produktion Mittel entzogen werden, die für unproduktive Ausgaben und Leistungen an die Eigentümer der Bodenrente, außerdem noch als Prozente an das Finanzkapital bezahlt werden, das diese Operationen zum Ankauf von Grund und Boden finanziert.

Ausnahmslos in allen Ländern haben wir eine ungeheure Zunahme der Verschuldung zu verzeichnen. Als Beispiel der Verschuldung lassen sich die Vereinigten Staaten von Nordamerika anführen, wo die Verschuldung eine der Ursachen der Liquidierung der kleinen Farmen, der Zunahme der Pächter durch eine Verringerung der Anzahl der Bodenbesitzer und der teilweisen „Legung“ der Farmer ist. Der gleiche Prozeß vollzieht sich überall — in den einen Ländern in größerem, in den anderen Ländern in geringerem Ausmaße.

Unter den Verhältnissen des Finanzkapitals ist der Kredit nicht nur ein Werkzeug zur Unterwerfung der Landwirtschaft unter das Finanzkapital, sondern er ist auch eine der Methoden zur Enteignung der Bauernmassen und ihrer „Legung“.

Der Kampf um den Absatz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, der Kampf um die Beherrschung der von der Landwirtschaft gelieferten Rohstoffe ist eine der Ursachen der Zunahme der modernen imperialistischen Gegensätze, eine der Ursachen der kommenden imperialistischen Kriege. Dieser Kampf kommt vor allem in einer gegenseitigen Absperrung einer ganzen Reihe von Ländern, insbesondere Europas, durch Zölle auf die Erzeugnisse der Landwirtschaft und namentlich auf Getreide zum Ausdruck. Das Bestreben der europäischen Agrarier sowie des europäischen Kulakentums, sich von der Konkurrenz der anderen Länder freizumachen, führt zur Einführung hoher Schutzzölle für die einzuführenden Erzeugnisse der Landwirtschaft und umgekehrt — zur Einführung von Ausfuhrprämien usw.

Die Einführung von Schutzzöllen hat nicht nur die Bedeutung, daß sie den imperialistischen Kampf verschärft, sie bedeutet gleichzeitig auch eine Besteuerung der breiten Arbeitermassen und der Bauernschaft. Bei der fortschreitenden Spezialisierung in der Landwirtschaft und namentlich bei dem Anbau technischer Kulturen, besonders in den Kleinwirtschaften und Zwergbetrieben, sind die Bauern Verkäufer von Erzeugnissen der Viehzucht sowie Verkäufer technischer Kulturen, aber Käufer von Lebens- und Futtermitteln. Käufer von Getreide sind auch die Landarbeiter, Halbproletarier und die Elemente der Dorfarmut, die zum Teil ihre Arbeitskraft verkaufen. Die Einführung von Schutzzöllen verschlechtert somit nicht nur die Lage der werktätigen Massen in der Stadt, sondern auch der breiten Schichten der Bevölkerung des flachen Landes. Dadurch werden die Voraussetzungen geschaffen für den einheitlichen Kampf der Arbeiterklasse und der Massen der Dorfarmut sowie der Mittelbauern gegen die Zollpolitik des Monopolkapitals und besonders gegen die Zollpolitik der Agrarier.

Neben dem Kampf um die Absatzmärkte für die Erzeugnisse der Landwirtschaft, der den Kampf zwischen den importierenden und exportierenden Ländern verschärft, geht der Kampf um die Beherrschung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und besonders der von der Landwirtschaft für die Industrie gelieferten Rohstoffe vor sich. In letzterer Beziehung ist typisch der Kolonialkampf, namentlich um die Erzeugnisse der tropischen Landwirtschaft. Die tropische Landwirtschaft ist eines der Elemente des imperialistischen Kampfes um die Kolonien. Als das letzte Kennzeichen der gegenwärtigen imperialistischen Widersprüche kann man auf die Agrarisierung einzelner Länder Europas, wie z. B. der Tschechoslowakei, Polens und Oesterreichs verweisen.

Wir müssen uns nunmehr mit jenen spezifischen Gegensätzen befassen, die durch die Stabilisierung des Kapitalismus in den Kolonial- und Halbkolonialländern hervorgerufen werden.

Das immer stärkere Vordringen des Imperialismus in den Kolonien, die Zersetzung der örtlichen halbnaturalwirtschaftlichen Produktionsweise durch den Kapitalismus, die zu einer Zunahme der Geldbesteuerung der Bauernschaft führt sowie zu einem qualvoll schleppenden Uebergang von der leibeigenschaftlichen Pacht zur kapitalistischen Pacht, von dem System

der persönlichen Arbeitsleistungen zu dem kapitalistischen Betrieb mit Lohnarbeitern und teilweiser Anwendung von Maschinen — all das ruiniert die Bauernschaft der Kolonien, und unter den Verhältnissen des Weltkampfes gegen den Imperialismus treibt es die Bauernschaft mit schwindelerregender Schnelligkeit der Bauernrevolution entgegen. Je rascher sich der Kapitalismus in den Kolonien entwickelt, je mehr er in die Bauernwirtschaft eindringt und sie dadurch immer mehr ruiniert — umso rascher reifen in der gegenwärtigen Epoche des kapitalistischen Niedergangs die Voraussetzungen der Bauernrevolution. Ein Gradmesser dafür ist vor allem der Umstand, daß wir nach dem imperialistischen Krieg zweifelsohne in die Aera der größten revolutionären Bauernaufstände in den Halbkolonialländern eingetreten sind. Die Aufstände haben besonders in den östlichen Ländern, angefangen von Japan und China bis Indonesien und Indien, von Kleinasien bis Nordafrika, eingesetzt. Und auch jetzt sind die unaufhörlich bald hier, bald dort aufflammenden Bauernaufstände und schließlich die mächtige Bauernbewegung in China ein Beweis für die zum Ausbruch drängenden Gegensätze zwischen der Bauernschaft in den Kolonial- und Halbkolonialländern einerseits und dem einheimischen Feudalismus, der Leibeigenschaft und den imperialistischen Unterdrückern andererseits.

Die gegenwärtige „Stabilisierung“ des Kapitalismus bedeutet somit eine neue Offensive gegen die Bauernschaft, eine zunehmende Ruinierung der Bauern durch das Monopolkapital, den Wiederaufbau der Landwirtschaft auf Kosten der breiten werktätigen Massen, und dadurch eine allgemeine Zunahme der Gegensätze, die den Klassenkampf auf dem flachen Lande sowohl in den Ländern mit einem entwickelten Agrarkapitalismus als auch in den Ländern mit Ueberresten von Leibeigenschaft und Feudalismus, d. h. sowohl in den europäischen Agrarländern als auch in denen der Kolonien und Halbkolonien immer mehr verschärfen.

All das treibt den revolutionären Kampf immer weiter auf die Spitze und schafft die Voraussetzungen für die Bildung eines Arbeiter- und Bauernblocks.

Die revolutionäre Bauernbewegung und die Aufgaben der Führung

Die Untersuchung der teilweisen „Stabilisierung“ des Kapitalismus zeigt also, daß die Klassengegensätze auf dem flachen Lande sich keineswegs abstumpfen, sondern daß sie sich infolge der Stabilisierung immer mehr zuspitzen. Jedoch darf man die revolutionäre Stimmung der Bauernschaft nicht einfach fatalistisch auffassen. Die entsprechende Ausnützung der auf dem flachen Lande entstehenden Klassengegensätze und die Ueberleitung der Unzufriedenheit der Bauern auf das Geleise des revolutionären Kampfes unter der Führung des Proletariats — ist das Zentralproblem der Führung der Bauernbewegung. Nicht nur das Proletariat und die kommunistischen Parteien begreifen die ungeheure Rolle der Bauernschaft, sondern auch sämtliche proletarier- und bauernfeindlichen Klassen und Parteien entfalten eine wüste Propaganda, um die Bauernschaft für sich zu gewinnen und ihre Bewegung mit in das reaktionäre Fahrwasser zu leiten. In der Form aller möglichen wirtschaftlichen Organisationen — der Genossenschaften, der landwirtschaftlichen Vereine usw. verfügen die

herrschenden Klassen über einen mächtigen Apparat, sie bedienen sich des Apparates der politischen Parteien, der Presse, sie bedienen sich auch der religiösen und nationalen Vorurteile, um die breiten Bauernmassen zu betrügen und sie von der revolutionären Bewegung loszulösen.

Mehr noch: in einer Reihe europäischer Länder haben die herrschenden Klassen nach dem Kriege begonnen, sogenannte Agrarreformen durchzuführen, die darin bestehen, daß den Bauern teilweise Ländereien übergeben werden, die vorwiegend unter halbleibeigenschaftlichen Bedingungen bearbeitet wurden, staatliche, ehemals kirchliche und nur zum Teil solche der Gutsbesitzer. Der objektive Sinn dieser Reformen besteht in dem Uebergang von der halbleibeigenschaftlichen Wirtschaft zur kapitalistischen, bzw. vom Großgrundbesitz mit halbleibeigenschaftlicher Ausbeutung der Arbeitskraft zum kleineren und mittleren kapitalistischen Grundbesitz. Die Bourgeoisie versucht diese Reformen zu benützen, um die Bauernschaft für sich zu gewinnen und ihre revolutionäre Stimmung zu überwinden. Indessen zeigen auch diese Reformen, daß die Bourgeoisie unfähig ist, die halbleibeigenschaftliche Gesellschaftsordnung restlos zu liquidieren, und daß sie die Durchführung der Reformen sabotiert, weshalb denn auch die grundlegenden Gegensätze auf dem flachen Lande durch diese Reformen keinesfalls gelöst sind, und die Aufgaben der revolutionären Liquidierung der halbleibeigenschaftlichen Ordnung, d. h. die Aufgaben der Agrarrevolution sind noch nicht erledigt. Diese Reformen werden von der Bourgeoisie nicht nur in den europäischen Ländern durchgeführt, sondern es werden augenblicklich Maßnahmen zur Durchführung solcher Reformen auch in den Kolonial- und Halbkolonialländern, wie z. B. in Japan, Indien und teilweise Indonesien ausgearbeitet; Reformversuche werden auch in Mexiko unternommen.

All das zeigt, daß die Bourgeoisie selbst wirtschaftlich und politisch an der Liquidierung des halbleibeigenschaftlichen Grundbesitzes und der halbfeudalen Wirtschaft interessiert ist und daß sie deshalb beginnt, wie Lenin sich über die Stolypinsche Reform ausdrückte — „fieberhaft daran zu arbeiten, sie zu beseitigen“.

Die Reformen werden die grundlegenden Gegensätze auf dem flachen Lande nicht aufheben, sondern sie im Gegenteil nur verschärfen; immerhin sind die Reformen ein Gradmesser für den Kampf der Gutsbesitzer und besonders der Bourgeoisie um die Gewinnung der Bauernschaft, und sie stellen wenn auch untaugliche Versuche dar, die revolutionäre Gesinnung der Bauern zu überwinden.

Es ließe sich noch eine ganze Reihe anderer wirtschaftlicher und politischer Maßnahmen anführen, mit deren Hilfe die herrschende Klasse bemüht ist, die Bauernschaft für sich zu gewinnen.

All das zusammen genommen rollt vor den kommunistischen Parteien die ungeheure Aufgabe des Kampfes um die Bauernschaft auf, jene Aufgabe, die darin besteht, den Bauern klar zu machen, wo ihre wirklichen Feinde und ihre wirklichen Verbündeten stehen.

Die Gewinnung der breiten Bauernmassen für die Revolution ist somit eine Frage des aktiven politischen Kampfes um die Bauernschaft und ihre Loslösung von der Führung der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer.

Diese Aufgabe setzt eine sorgfältige Durcharbeitung der programmatischen

und taktischen Fragen in der Bauernbewegung sowie die Ausarbeitung von richtigen Parolen voraus, die sich der jeweiligen Entwicklungsetappe der Bauernrevolution in dem einzelnen Lande, je nach den allgemeinen Verhältnissen von Zeit und Ort, anzupassen haben.

Die Parteien stehen vor der ungeheuren Aufgabe der organisatorischen Gestaltung ihrer Arbeit unter der Bauernschaft, um die bestehenden Massenorganisationen der Bauern für ihre Zwecke zu gewinnen, die Fraktionsarbeit in ihnen auszubauen usw.

Nur bei einer richtigen Einschätzung der Rolle der Bauernschaft, bei einem richtigen Verständnis für ihren revolutionären Kampf, bei einer geschickten Art, an die Bauernmassen heranzutreten, wird es gelingen, ein wirklich festes Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft herbeizuführen und den entscheidenden Sieg im gemeinsamen revolutionären Kampf zu erringen.

M. GROLLMANN: ZUR FRAGE DER REORGANISATION DER KLEINEN KI - SEKTIONEN

Im Laufe des letzten Jahres wurden auch in den kleineren Sektionen der KI Versuche unternommen, eine Umstellung der Parteiorganisation auf die Grundlage der Betriebszellen durchzuführen. Die dabei gesammelten positiven und negativen Erfahrungen machen es uns möglich, in großen Zügen sowohl die besonderen Verhältnisse zu sondieren, unter denen die Reorganisation sich dort bisher vollzogen hat und sich in der Folge vollziehen wird, als auch deren allgemeine Voraussetzungen festzustellen, die für eine Reihe kleinerer KI-Sektionen im wesentlichen die gleichen sind.

Bei der Betrachtung der sozialen Zusammensetzung und der Beschäftigungsart der Mitglieder dieser Sektionen springt vor allem in die Augen: nur eine kleine Anzahl von Kommunisten sind in Großbetrieben beschäftigt; verhältnismäßig gering ist die Zahl der Kommunisten, die in Gruppen von 2 bis 3 Mann im gleichen Betrieb arbeiten. Dagegen ist der Teil der Parteimitglieder, die einzeln in Betrieben stecken, verhältnismäßig groß. Endlich sind in der Partei verhältnismäßig zahlreiche Mitglieder vorhanden, die nicht in der Industrie beschäftigt sind (Hausfrauen, kleine Handwerker, Angestellte, Vertreter freier Berufe usw.).

Aus dem uns vorliegenden Zahlenmaterial ersehen wir z. B., daß von 400 Mitgliedern der Kopenhagener Ortsgruppe zirka 250 in der Industrie beschäftigt sind und die übrigen 150 als Betriebsarbeiter nicht in Frage kommen. Von den 250 Betriebsarbeitern arbeiten 100 Parteimitglieder vereinzelt in den Betrieben, beinahe alle übrigen in Gruppen von nicht mehr als 2 oder 3 Personen.

In der KP Hollands umfaßt die Amsterdamer Stadtorganisation 530 Mitglieder, wovon 335 Betriebsarbeiter und die übrigen 195 sich infolge ihres Berufes usw. außerhalb der Betriebe befinden. Die Betriebsarbeiter stehen

mit $\frac{1}{2}$ ihrer Gesamtzahl, mit 100 Mitgliedern, einzeln im Betrieb, fast alle übrigen wiederum in kleinen Gruppen von 2 bis 3 Personen. Sowohl in Kopenhagen als auch in Amsterdam ist die Zahl der Zellen mit über 5 bis 7 Mitgliedern sehr gering: in Kopenhagen gibt es nur 4 bis 5 Zellen mit einer Gesamtzahl von 40 bis 50 Mitgliedern, in Amsterdam nur gegen 10 Zellen, in denen 50 bis 60 Personen organisiert sind.

Wenn wir auf Grund unserer Beobachtungen in diesen Zellen eine gewisse Lebendigkeit und Arbeit verzeichnen können, so muß man auch andererseits feststellen, daß sowohl die einzelnen wie auch die in kleinen Gruppen in den Betrieben arbeitenden Kommunisten, d. h. der größere Teil der kommunistischen Arbeiter, in ihren Betrieben keine Parteiarbeit leisten und überhaupt nicht als Kommunisten und Parteimitglieder auftreten. Sie verhalten sich meist passiv.

Dasselbe Zahlenverhältnis, sowie die äußerst geringe Aktivität der Parteimitglieder in den Betrieben, ist auch für Belgien charakteristisch, nur mit der Variation, daß dort die Zahl der außerhalb der Betriebe stehenden Mitglieder geringer und daß dank der günstigen politischen Situation die Aktivität der Partei eine größere ist. Dieselben Verhältnisse treffen auch im allgemeinen teilweise auf Oesterreich, die Schweiz (ohne Basel und Zürich), sowie auf eine Reihe der Kommunistischen Jugendverbände zu.

Ein gemeinsamer Charakterzug der kleineren KI-Sektionen ist das verhältnismäßig niedrige politische Entwicklungsniveau der Mitgliedschaft. Die Hauptursache dieser Erscheinung ist das fast völlige Ausbleiben einer systematischen politischen Tätigkeit dieser Sektionen, während doch nur auf dem Boden der politischen Aktivität der Partei neue Kaders leitender Parteifunktionäre sich zunächst entwickeln und weiterhin emporsteigen können. Fast nirgends steht die Bildungs- und Erziehungsarbeit auf gehörender Höhe. Die Parteikaders sind äußerst klein, und wenn die Frage der Kaders für alle Sektionen der KI von aktueller Bedeutung ist, so ist sie es ganz besonders für die kleineren Parteien. Genossen, die auch nur einigermaßen den Anforderungen einer aktuellen kommunistischen Parteiarbeit entsprechen, können in den kleineren Parteien buchstäblich an den Fingern abgezählt werden. Unter solchen Verhältnissen ist es leicht begreiflich, daß die Mehrheit der Parteimitglieder in der Parteiarbeit fast keine Erfahrung hat, und wenn eine solche vorhanden ist, hat sie zumeist einen sozialdemokratischen Charakter, der aus jener Zeit entspringt, wo die heutigen KP-Mitglieder noch Sozialdemokraten waren.

Ferner ist für die kleineren Sektionen die Schwäche des Parteiapparates und der Parteileitung bezeichnend. In ihrer Arbeit ist fast kein System, keine Initiative. Ihre Verbindungen mit den unteren Parteiorganisationen sind zumeist noch mangelhaft. Oft fehlt es an einem Bindeglied zwischen der Parteileitung und der Mitgliedschaft der unteren Organisationen; Beratungen und Instruktionsvorträge für Sekretäre der unteren Organisationen oder für die Mitglieder der unteren Parteileitungen werden nur selten und unsystematisch veranstaltet. Man darf sich daher nicht wundern, wenn die vom ZK in einer bestimmten Frage gefaßten Beschlüsse im ZK selbst oft stecken bleiben, oder die Mitgliedschaft in einer durchaus ungenügenden Form erreichen — z. B. in Rundschreiben oder durch Vermittlung des Zentralorgans. Meistenteils sind diese noch so beschaffen, daß die Partei-

mitglieder aus ihrer Lektüre nur schwer eine klare Einstellung zu den vor der Partei stehenden Fragen gewinnen können. Material für die tägliche Agitation im Betrieb oder in der Gewerkschaft finden die Parteimitglieder im Zentralorgan ebensowenig wie in anderen Quellen; sie sind sich meistens selbst überlassen, d. h. mit anderen Worten — die Parteibeschlüsse werden nur schlecht durchgeführt.

Zieht man oben Gesagtes in Betracht, so ist es klar, daß die Reorganisation in den kleineren KI-Sektionen stark zurückbleibt. In den kleineren KI-Sektionen handelt es sich darum, gleichzeitig mit der Festigung der wenigen dort bestehenden Zellen, mit der Bildung neuer Zellen und mit der Hereinziehung der in den Betrieben vereinzelt beschäftigten Kommunisten in die praktische Parteiarbeit die Voraussetzungen für den Abschluß der Reorganisationsarbeit zu schaffen. Die wichtigste dieser Voraussetzungen ist die Erweiterung der Parteibasis, in erster Linie die Gewinnung von Arbeitern aus Großbetrieben für die Partei, besonders der Arbeiter jener Betriebe, in denen bereits einzelne Kommunisten arbeiten, um dort Betriebszellen bilden zu können. Ohne eine Erweiterung des proletarischen Teiles der kleineren Parteien durch Gewinnung von Betriebsarbeitern kann ihre Reorganisation keinesfalls abgeschlossen werden.

Das Problem der Orgarbeit spitzt sich somit auf das Problem der Mitgliederwerbung zu. Diese Aufgabe hat an und für sich einen ausgesprochenen politischen Charakter. Nur unter Voraussetzung einer richtigen, den Massen verständlichen, ihren Interessen entsprechenden und richtige Zukunftsperspektiven entwerfenden Politik kann die Partei in ihrer Werbungsarbeit auf Erfolg rechnen. Die Anstrengungen der Partei auf organisatorischem Gebiet nach dieser Richtung hin werden nur in dem Maße Früchte tragen, als eine richtige politische Linie vorhanden sein wird. Von diesem Standpunkt aus ist die Entwicklung in den kleineren KI-Sektionen noch weit zurück. Noch haben die Parteien nicht genügend die Notwendigkeit erkannt, ihre praktische Tätigkeit auf die Beeinflussung und Eroberung des Industrieproletariats zu konzentrieren. Weiter: Die politische Linie dieser Sektionen trägt zumeist immer noch einen Charakter, der die Massenarbeit, besonders die Werbearbeit der Partei, nur in geringem Grade fördern kann. Als Beispiel berufen wir uns auf die Arbeit der KP Hollands in der Zeit vom September 1925 bis Mai 1926. In Amsterdam wurden von der Partei Massenversammlungen mit folgender Tagesordnung organisiert: 9. September — Internationaler Jugendtag; 15. September — Protest gegen den Terror in China; 20. September — über die Regierungskrise; 23. September — über die Gewerkschaftsbewegung; 3. Oktober — gemeinsame Versammlung mit der IRH gegen den Terror in China; 17. Oktober — gegen den Terror in China; 22. Oktober — gegen den Terror in Polen; 1. November — Massenversammlung, organisiert von der IRH; 5. November — über die Regierungskrise; 7. und 8. November — Jahrestag der russischen Revolution; 19. November — über die Regierungskrise; 24. Januar — Lenin-Gedenkfeier; 22. Februar — gegen den Terror in Indonesien; 8. März — Internationaler Frauentag; 12. März — Regierungskrise; 18. März — Pariser Kommune; 19. April — Parteitag der Sozialdemokratie; 1. Mai — Maidemonstration und Versammlungen; 10. Mai — Englischer Generalstreik; 27. Mai — Parteitag der KP.

Somit hat die Partei im Verlaufe von 9 Monaten 22 Massenversammlungen organisiert; im Dezember (Weihnachtsfest) und im April (Ostern) hat nur je eine Versammlung stattgefunden. Folglich haben in den „normalen Monaten“ in Amsterdam durchschnittlich je drei Versammlungen stattgefunden. Vom quantitativen Standpunkt aus ist somit die Aktivität durchaus lobenswert. Mit der „Qualität“ ist es etwas schlechter bestellt. Zieht man in Betracht, daß die Mehrzahl der Versammlungen entweder Fragen des Terrors oder internationale, für die Kommunistischen Parteien obligatorische Kampagnen zum Gegenstand hatten, daß folglich die Partei sich höchstens 6 bis 7 mal in Fragen der holländischen Innenpolitik an die Amsterdamer Arbeiter gewandt hat, so ist es klar, daß ein solcher Inhalt der Parteiarbeit keine große Anziehungskraft auf die Arbeitermassen auszuüben vermag. Hat es denn tatsächlich während dieser 9 Monate in Holland keine Streikbewegungen, keine Aussperrungen, keine Tarifvertrags-Abschlüsse gegeben, keinerlei Ereignisse, die zur Entlarvung der von der Sozialdemokratie und reformistischen Gewerkschaften geleisteten Liebesdienste für die Bourgeoisie Anlaß gegeben hätten? War es der Amsterdamer Organisation wirklich unmöglich, mehr konkrete Fragen, sagen wir aus der Innenpolitik Hollands zu finden, als diejenigen, mit denen die Partei vor die Arbeitermassen getreten war? Steht es denn wirklich so gut um die täglichen wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der Amsterdamer Arbeiter, daß die Agitations- und Propagandarbeit der Partei nach dieser Richtung hin auf keinerlei Widerhall in den Arbeitermassen rechnen kann? Wir glauben, daß die Antwort auf diese Frage nicht zugunsten jener Richtung zeugen wird, in der sich die Tätigkeit der KP Hollands im Laufe dieser neun Monate entfaltet hat. Wir sind überzeugt davon, daß die Arbeit der Partei, auf eine konkretere, aktuelle Grundlage gestellt und durchgeführt, in der Gesamtbelegschaft Hollands Verständnis und Sympathien erweckt, den nötigen Kontakt für eine engere Verbindung der Arbeiterklasse mit der Partei hergestellt und zur Erhöhung ihrer Werbekraft in ganz anderer Weise beigetragen hätte, als es so auf Grund einer so unverständlichen abstrakten Politik der Fall sein mußte. Wir sind überzeugt, daß, wenn die Partei für ihre Arbeit eine konkrete Grundlage gewählt hätte, ihre Tätigkeit nicht an der holländischen Arbeiterklasse vorbeigegangen wäre. In Wirklichkeit ist dies der Fall gewesen — hauptsächlich infolge des ungemein abstrakten Charakters der Parteiarbeit, die ihrem ganzen Wesen nach keinesfalls zum Zustandekommen einer mehr oder minder engen Fühlung der Arbeiterklasse und der Partei, geschweige denn zu einer Erhöhung ihrer Werbekraft beitragen konnte.

Welche Schlüsse können wir hieraus ziehen?

Führt die Partei noch weiter eine solche Politik, so ist eine Mitgliederwerbung unter den breiten Arbeitermassen fast ausgeschlossen. Wie oft und wie energisch auch die Partei ihren in den Betrieben arbeitenden Mitgliedern, ihren Betriebszellen und Fraktionen wiederholen mag, daß die systematische Werbearbeit eine ihrer ersten Parteipflichten ist, — Zellen- und Parteimitglieder werden angesichts einer solchen politischen Linie der Partei keinerlei Erfolg in ihrer Werbearbeit haben. Um wirklich erfolgreiche Resultate zu erzielen, muß sich die Partei in erster Linie ein Aktions-

programm schaffen, von dessen Grundlage aus es ihr möglich sein wird, durch jedes ihrer Organe und Einzelmitglieder mit konkreten Fragen und Forderungen, die die unmittelbaren Interessen der Massen berühren, in einer solch konkreten Form an die Massen heranzutreten, daß diese sich mit der Partei als ihrer Wortführerin innig verbunden fühlen und bereit sein werden, ihr zu folgen. Nur unter dieser Voraussetzung kann die Werbearbeit, die die Partei durch Versammlungen der Zellen, Fraktionen und Arbeit „vereinzelter“ Kommunisten leistet, Erfolg haben. Nur unter dieser Voraussetzung werden wir die Passivität der Parteimitgliedschaft überwinden, ihr Interesse wecken, sowie die bestehenden Betriebszellen und Fraktionen und insbesondere auch die „vereinzelt“ Kommunisten in die tägliche systematische Kleinarbeit hineinziehen. (Die Rolle dieser vereinzelt in den Betrieben arbeitenden Kommunisten ist in der Reorganisation bedeutend. Heute sind, wie bereits oben schon erwähnt, infolge des politischen Inhalts diese Parteien in ihren Betrieben zur fast völligen Passivität verurteilt. Die bisherige Politik kann für diese Genossen nicht die Energiequelle sein, die ihnen Anregung und Kraft verleiht und sie befähigt, erfolgreiche Werbearbeit unter ihren Arbeitsgenossen am Schraubstock und an der Hobelbank zu leisten; unter den heutigen Voraussetzungen muß ihre beste Arbeit ergebnislos bleiben.)

Das in bezug auf die KP Hollands Gesagte gilt in dem einen oder anderen Maße auch für andere kleinere KI-Sektionen. Ihre organisatorische Arbeit scheitert ebenfalls an der politischen Linie der Partei, am Mangel eines konkreten Aktionsprogramms.

Natürlich kann man damit fortfahren, diesen Parteien organisatorische Anweisungen zu erteilen in der Gestalt eines Dutzend oder halben Dutzend genau formulierter Punkte und Paragraphen. Es ist aber nicht zu bezweifeln, daß diese Rezepte ebensowenig helfen werden wie alle jene Resolutionen, Instruktionen und Anweisungen organisatorischer Natur, mit denen sie in den Jahren 1925/26 so reichlich versorgt wurden, die aber angesichts der gegenwärtigen Politik dieser Sektionen unmöglich befolgt werden konnten. Wenn wir an der Reorganisation dieser Parteien weiter arbeiten werden — was absolut notwendig ist —; wenn wir die dort vorhandenen wenigen Betriebszellen aufrechterhalten und weiter entwickeln wollen — was eine der wichtigsten Aufgaben der Partei ist —; wenn wir der Arbeit der kommunistischen Fraktionen und der „vereinzelt“ Kommunisten neues Leben einhauchen, sie aktivisieren wollen, so müssen die kleineren KI-Sektionen erstlich an eine Revision ihrer politischen Linie, an eine Aenderung des Charakters ihrer Tätigkeit, an die Ausarbeitung eines konkreten, praktischen Arbeitsprogramms gehen. Das Vorhandensein und die Durchführung dieses letzteren ist ausschlaggebend für die ganze weitere Massen- und Werbearbeit der Parteien, folglich auch für ihren Umbau auf der Betriebszellengrundlage.

So und nicht anders steht die Frage.

P. ALEXANDROW:

DIE GETREIDEBESCHAFFUNGSKAMPAGNE 1926/27

Die wirtschaftlichen Aufgaben der USSR

Ernte und Getreidebeschaffung spielen eine gewaltige Rolle im Wirtschaftsleben der USSR und sind äußerst wichtige Gradmesser für die nächste wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Das Entwicklungstempo der gesamten Volkswirtschaft steht im engsten Zusammenhang mit der Größe des Ernteertrages. Das Ergebnis der Getreidebeschaffungskampagne bestimmt den Getreideexport, der seinerseits dem Import von Rohstoffen und der Ausrüstung der Industrie bestimmte Grenzen setzt und dadurch den ganzen Industrialisierungsprozeß des Landes auf das tiefste beeinflußt. Vom Ausgang der Kampagne hängt auch die Getreideversorgung der Industriebezirke und der Gebiete mit technischen Kulturen (z. B. Baumwolle usw.) ab.

Die diesjährige Ernte in der USSR übertrifft diejenige des vergangenen Jahres. Während der Bruttogetreideertrag 1924/25 4 356 000 Pud ausmachte, betrug er bis August 1925/26 4 800 000 Pud. Im September ging die Ernte infolge regnerischer Witterung um 146 Millionen Pud zurück. Nichtsdestoweniger weist sie gegenüber der vorjährigen ein Plus von 250 bis 300 Millionen Pud auf.

Die Entwicklung der Getreidebeschaffung im dritten Quartal der Jahre 1924/25, 1925/26, 1926/27 einschließlich der 25 bzw. 20 Tage der Monate Oktober und November* ist folgende:

Getreidebeschaffung in Millionen Pud

Monat	1924/1925	1925/1926	1926/1927
Juli	4 608 500	13 229 200	14 161 600
August	28 183 000	58 603 700	46 635 300
September	31 417 000	88 172 100	91 072 000
Oktober	—	60 000 000	99 500 000
November 20 Tage	—	30 000 000	66 300 000
Insgesamt	64 208 500	252 005 000	317 668 900

Wie aus vorstehender Tabelle zu ersehen ist, übersteigt die Getreidebeschaffung des laufenden Jahres für die gesamte angeführte Periode diejenige des Vorjahres um mehr als 62 Millionen Pud. Betrachten wir den Verlauf der Getreidebeschaffungskampagne im Vergleich zu den Monatsplänen unter gleichzeitiger Berücksichtigung der einzelnen Kulturen in der Periode bis zum 25. Oktober, für die wir im Besitz genauer Daten sind. In dieser Periode beträgt die Beschaffung aller Getreidearten 107,9 Prozent der Monatsvoranschläge.

Die im Vergleich zum Vorjahr erfolgte Steigerung der Getreidebeschaffung verteilt sich auf Weizen (69,6 Prozent), Mais (109,8 Prozent) und Hafer (54,7 Prozent), während sich bei Roggen eine Verminderung um 7,2 Prozent,

* Das russische Wirtschaftsjahr beginnt jeweils mit dem 1. Oktober.

bei Gerste um 50,9 Prozent, bei Oelfrüchten um 52,9 Prozent und „Sonstigen“ um 40 Prozent bemerkbar machte. In der Zeit vom Beginn der Kampagne bis zum 25. Oktober dieses Jahres nimmt der Anteil von Weizen und Hafer in der Getreidebeschaffung sichtlich zu. Weizen und Hafer übersteigen die im Plan veranschlagten Zahlen um 39,1 Prozent bzw. 23,1 Prozent, während andere Getreidearten, mit Ausnahme von Roggen (101,1 Prozent des Planes) und „Sonstige“ (113,4 Prozent des Planes), den Voranschlag nicht erreichen. Die Steigerung des Anteils des Weizens an der Getreidebeschaffung der ersten Monate dieses Jahres ist einzig auf die ungünstigen Witterungsverhältnisse in den nordöstlichen Gebieten der Union in den Monaten Juli und August zurückzuführen, wodurch das Einbringen von Roggen, Gerste, Oelfrüchten und „Sonstigen“ eine Verzögerung von einem und mehr Monaten erfuhr. Infolge schlechter klimatischer Bedingungen im Nordosten konzentrierte sich die Getreidebeschaffung in den ersten Monaten des Quartals auf die Weizengebiete — in Nordkaskasien und der Krim. Erst mit dem Eintritt günstiger Witterungsverhältnisse im September steigert sich auch die Beschaffung von Roggen und anderen Getreidearten. Es muß hier erwähnt werden, daß der außerordentlich befriedigende Verlauf der Weizenbeschaffung während der ganzen angeführten Periode ungeachtet des verminderten Ernteertrages der Weizengebiete (Nordkaskasien um 128 Millionen Pud und in der Krim um 12 Millionen Pud) und ihrer Verschiebung nach dem Nordosten (Wolgagebiet, Zentrales Landwirtschaftsgebiet, Kasakstan) erfolgt ist.

Dieser letztere Umstand, wie auch der ganze Gang der Beschaffung, werfen die Angsttheorien der Opposition von den „Streiks“ der Bauernschaft gegen die Kommunistische Partei und die Sowjetmacht, von der Herrschaft der Kulaken im Dorfe, dem Fiasko der Wirtschaftspolitik der Partei usw. usw. endgültig über den Haufen.

Es wird vollkommen klar, daß die Mißerfolge der Getreidebeschaffungskampagne sowie das Nichterreichen der Voranschlagsziffern im vergangenen Jahr ihre Erklärung keineswegs in dem berühmten „Streik“ der Bauernschaft, wohl aber in den Fehlern einer Reihe von Wirtschaftsorganen finden. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß diese Organe zu jener Zeit von Führern der Opposition geleitet waren.

Im vergangenen Jahre hatte man außer Acht gelassen, daß die Bauernschaft nach einer Reihe von Mißernten genötigt war, gewisse Getreidevorräte aufzuspeichern, Vorräte, auf die die Bauernwirtschaft angesichts ihrer geringen Widerstandsfähigkeit verschiedenen Naturkatastrophen gegenüber nicht verzichten kann. Außer dem Fehlbetrag und den übertriebenen Voranschlägen hatten wir noch hohe Ankaufspreise zu verzeichnen. Die schwankende Preispolitik, von der sich die Bauern eine Steigerung der Preise versprochen, verleitete sie dazu, Getreide auch zu Spekulationszwecken zurückzuhalten. All das zusammengenommen bewirkte, daß man hinter den Plänen zurückblieb sowie infolge steigender Ankaufspreise unnötigerweise staatliche Mittel verausgabte. Letzten Endes bedeutete das ein Fiasko der Getreidebeschaffung. Im laufenden Jahr ändert sich das Bild wesentlich. Aus der oben angeführten Tabelle ersehen wir das außerordentlich gleichmäßige und normale Wachstum der diesjährigen Getreidebeschaffung, während das Charakteristikum der vorjährigen ein retar-

dierendes Wachstum und ein Rückgang im Oktober war. Die Ankaufspreise des laufenden Jahres sind im Durchschnitt um 12 Prozent niedriger als die des Vorjahres, wobei das Preisniveau für die ganze angeführte Periode beinahe konstant bleibt.

Dadurch erhält die Sowjetmacht im laufenden Jahr qualitativ besseres Getreide bei gleichzeitig niedrigeren Preisen, da der diesjährige Umfang der Weizenbeschaffung denjenigen des Vorjahres bedeutend übertrifft. Darin liegt die grundlegende Errungenschaft der Partei und der Sowjetmacht auf dem Gebiet der Getreidebeschaffung. Die Preissteigerung für landwirtschaftliche Produkte hätte für das Land eine Reihe wirtschaftlicher Komplikationen zur Folge gehabt: das Sinken der Reallöhne, Preissteigerung für Industrierzeugnisse, Valutaschwankungen und dergl. mehr. Die Durchführung stabiler, für die ganze Volkswirtschaft tragbarer Preise der landwirtschaftlichen Produkte erfährt im laufenden Jahr eine Erleichterung durch die Einschränkung jener desorganisierenden Rolle, die dem Privatkapital in der Getreidebeschaffung zufällt. Wenn die privaten Beschaffungen im August vergangenen Jahres 17 Prozent und im September 22,8 Prozent ausmachten, so belaufen sich dieselben in diesem Jahr nur noch auf 11 bzw. 6,4 Prozent. Eine große positive Rolle bei der diesjährigen erfolgreichen Durchführung der Getreidebeschaffung spielte die Verkleinerung und Regulierung des Beschaffungsnetzes. Dadurch wurden die Elemente des Agio u. a. in der Getreidebeschaffung ausgeschaltet.

Außer einer richtigen Preispolitik sowie einer besseren Organisation des Getreidebeschaffungs-Apparates, die beide wesentlich zur erfolgreichen Durchführung der Getreidebeschaffung beitragen, ist es notwendig, einen objektiven Faktor zu vermerken, der sich in derselben Richtung auswirkte und zweifelsohne von großem Einfluß auf den Gang der Getreidebeschaffung gewesen ist. Es ist dies der Prozeß der allmählichen Verminderung des Warenhungers für eine Reihe von Industrierzeugnissen. Der Warenhunger beschränkt sich in diesem Jahr nur auf wenige Waren, so z. B. auf einige Textilsorten, Metall- und Ledererzeugnisse und Pflanzenöle. Bei andern Waren entspricht das Angebot der Nachfrage, bei andern wieder herrscht sogar ein gewisses Ueberangebot. Man hat alle Ursache anzunehmen, daß der Warenhunger in diesem Jahr geringer sein wird als in dem vorangegangenen. Nach einigen Berechnungen dürfte er sich auf 200 bis 250 Millionen Rubel gegenüber 380 Millionen Rubel des Vorjahres belaufen. Die Verringerung des diesjährigen Warenhungers rührt augenscheinlich von einer Reihe günstiger Umstände her, die für die Forcierung der Textilindustrie förderlich sind: der Vergrößerung der Baumwollanbaufläche der Union (auf 700 bis 1000 Millionen Pud), dem starken Fallen der Weltmarktpreise für Baumwolle sowie dem Anwachsen der gesamten industriellen Produktion, sowohl der staatlichen als auch der kleingewerblichen Hausindustrie und den niedrigen Preisen für landwirtschaftliche Produkte. Der Stillstand des Warenhungers zusammen mit einem besseren Ernteertrag und einer richtigen Getreidebeschaffungspolitik übt zweifellos einen positiven Einfluß auf den Gang der Getreidebeschaffung aus. Der Warenhunger kann natürlich nicht schon für die nächste Zukunft gänzlich beseitigt werden, aber die Abschwächung, die sich bemerkbar macht, verbessert die Perspektiven der ökonomischen Entwicklung der Union. Eng verbunden mit der Frage

der Getreidebeschaffung und dem Warenhunger ist das Problem der Industriepreise in der USSR. Die Kommunistische Partei und die Sowjetmacht haben in dieser Frage mit aller Entschiedenheit den Weg beschritten, der zu einer Senkung der Industriepreise führt, zu einem Zusammenziehen der „Schere“ in bezug auf die Preise der Industrieerzeugnisse und das Festhalten der Preise für landwirtschaftliche Produkte auf ihrem jetzigen, für die gesamte Volkswirtschaft annehmbaren Niveau. Oekonomisch und politisch ist der eingeschlagene Weg entgegen den Angstvorschlägen der Opposition, die Abgabepreise der Industrie zu erhöhen, der einzig richtige. Entscheidende Erfolge auf dem Gebiete der Preissenkung für Industrieerzeugnisse konnten bis jetzt nicht erzielt werden und in diesem Jahr sind die Kleinhandelspreise noch für eine ganze Anzahl Waren höher als im vergangenen. Doch macht sich schon die Tendenz einer Preissenkung bemerkbar. Zum 1. Mai 1926 stieg der Kleinhandelsindex bis 2,71 im Verhältnis zu den Vorkriegspreisen, zum 1. September 1926 aber fiel er bis auf 2,64. Es ist dies ein Erfolg, da es darauf ankam, den elementaren Preissteigerungsprozeß zu brechen.

Eine erfolgreiche Entwicklung der Getreidebeschaffung ist in großem Maße abhängig von der Belieferung der Bauern mit Industrieerzeugnissen zu Preisen, die für sie tragbar sind. Während das Anwachsen der Getreidebeschaffung die Export- und Belieferungsmöglichkeiten des Landes stärkt, wird es die schnellere Entfaltung der Industrie, die Ueberwindung des Warenhungers und dadurch die Preissenkung für Industrieerzeugnisse erleichtern. Die Kommunistische Partei verfolgt die einzig richtige ökonomische Politik. Mit Anspannung aller ihrer Kräfte, der Kräfte der Sowjetmacht und aller Organisationen wird es ihr gelingen, das gesteckte Ziel zu erreichen.

JULIUS ALPARI:

EIN MEISTERWERK DES MARXISMUS DIE BRIEFE VON FRIEDRICH ENGELS AN EDUARD BERNSTEIN*

Bruchstücke dieser Briefe wurden seinerzeit von Bernstein gegen den marxistischen Flügel der französischen Arbeiterbewegung ausgespielt. Sie haben die Verwirrung gesteigert, die bereits das Vorwort von Engels zu den „Klassenkämpfen in Frankreich“ in den Köpfen der jüngeren Generation von Marxisten angestiftet hatte. Inzwischen hat Rjasanow schwarz auf weiß bewiesen, was Kautsky schon 1908 in seinem „Weg zur Macht“ angedeutet hatte, daß dieses Vorwort, das berühmte „Testament“ von Engels, durch den Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie gefälscht wurde. Und die Briefe an Bernstein, die doch nicht gefälscht wurden? Zeugen sie nicht für den „Opportunismus“ von Engels? Ganz im Gegenteil. Sie zeugen von dem Opportunismus der deutschen Sozialdemokratie. Jetzt, wo wir sie endlich in ihrem Zusammenhange durchlesen konnten, müssen wir feststellen: diese Briefe gehören zu den kostbaren Schätzen des Marxismus.

Sie erinnern vielfach an den Briefwechsel zwischen Marx und Kugelmann. Sie haben schon rein äußerlich das eine gemeinsam, daß sie dem deutschen Proletariat vorenthalten wurden. Die Marxbriefe waren ein Menschenalter lang in der „Neuen Zeit“ begraben. Die

* J. H. W. Dietz Nachfolger, Berlin, 1925.

Engelsbriefe schlummerten beinahe vierzig Jahre in der Schublade Bernsteins. Sie erschienen in deutscher Sprache, in der sie geschrieben wurden, erst, nachdem sie bereits russisch veröffentlicht waren! Der Briefwechsel mit Kugelmann fällt in die Zeit, wo Marx an seinem Hauptwerke gearbeitet hat, und zieht sich hinaus bis Mitte der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, also bis weit nach dem Sturze der Kommune. Er enthält den Brief, worin Marx die Einwände gegen die Werttheorie mit einigen wuchtigen Hieben niederschlägt, die Briefe über die Pariser Kommune, „diese glorreichste Tat unserer Partei seit der Juniinsurrektion“. Hier zeichnet Marx die Aufgaben des Proletariats in der Revolution dem Staate gegenüber mit verblüffender Schärfe. Nämlich: die bürgerlich-militärische Staatsmaschinerie zu zerbrechen. In diesen Briefen solidarisiert sich Marx restlos mit dem kämpfenden Pariser Proletariat. Derselbe revolutionäre Geist entströmt aus den Briefen von Engels. Die Briefe von Marx sind an einen Privatmann gerichtet, sie enthalten auch viel Persönliches, das für weitere Kreise von untergeordnetem Interesse ist. Engels richtete seine Briefe an den leitenden Redakteur des Auslandsorgans, des eigentlichen Zentralorgans der größten Arbeiterpartei von damals. Sie enthalten die Ratschläge des wissenschaftlichen Kommunismus an den führenden politischen Schriftleiter der deutschen Sozialdemokratie. Das verleiht ihnen ihren besonderen Reiz.

Der Briefwechsel umfaßt einen Zeitraum von 14 Jahren. Der erste Brief ist datiert vom 2. Februar 1881, die letzte Postkarte vom 4. Juli 1895. Der überwiegende Teil der Briefe entfällt auf die ersten vier Jahre. Engels war später durch die Herausgabe des Marxschen Nachlasses überlastet, und da Kautsky anfangs 1885 nach London übersiedelte, ließ er durch diesen das meiste, was er Bernstein sagen wollte, mitteilen. Im Jahre 1888 zog auch Bernstein, zugleich mit dem „Sozialdemokrat“, nach London. Die Briefe enthalten auch so eine solche Fülle von Material darüber, wie Engels die Dinge sieht, welches Verhalten und welche Handlungen er vorschlägt, daß wir sie in einer Besprechung nicht einmal andeuten können. Wir müssen uns auf einige Hinweise beschränken.

Der revolutionäre Gesichtspunkt

Das Sozialistengesetz lastete schwer auf der deutschen Arbeiterbewegung. Die Führung der Partei befand sich in der Hand der Reichstagsfraktion. Ihre Mehrheit neigte zu der Auffassung, daß das Sozialistengesetz am besten bekämpft wird, wenn man durch die eigene Haltung beweist, daß man nicht gefährlich ist. Engels kämpft fortwährend gegen die „Schlappschwänze“ an, wie er sich ausdrückt, er betrachtet die Dinge von einer großartigen revolutionären Perspektive aus. Er belehrt Bernstein:

„Kleine Verhältnisse erzeugen kleine Anschauungen, so daß schon viel Verstand und Energie dazu gehört, wenn jemand, der in Deutschland lebt, imstande ist, über das Allernächste hinauszusehen, den großen Zusammenhang der Weltereignisse im Auge zu behalten, und nicht in jene selbstzufriedene „Objektivität“ zu verfallen, die nicht weiter sieht als ihre Nase, und eben deshalb die bornierteste Subjektivität ist, selbst wenn sie von Tausenden dieser Subjekte geteilt wird.“

Und an einer anderen Stelle:

„Was entscheidet, sind die großen politischen Verhältnisse des In- und Auslandes; und diese ändern sich, bleiben nicht wie heute. In Deutschland wird dagegen der Fall untersucht nur unter der Voraussetzung, daß die heutigen deutschen Zustände ewig sind.“

Die Arbeiter heulmeiern nicht, sie bestehen glänzend die Probe. In dem Briefe vom 30. November 1881, nach den Reichstagswahlen von Oktober, jubelt Engels:

„So famos hat sich noch kein Proletariat benommen. In England, nach dem großen Mißerfolg von 1848, Verfallen in Apathie, und zuletzt Ergebung in die bürgerliche Ausbeutung unter Vorbehalt des Einzelkampfes der Trade Unions für höheren Lohn. In Frankreich Verschwinden des Proletariats von der Bühne nach dem 2. Dezember. In Deutschland, nach drei Jahren unerhörter Verfolgung, nie nachlassenden Drucks, kompletter Unmöglichkeit öffentlicher Organisation und Selbstverständigung, stehen unsere Jungens nicht nur in alter Kraft da, sondern verstärkt gerade in einem Hauptumstände: der Schwerpunkt der Bewegung ist verlegt aus den sächsischen halbländlichen Distrikten in die industriellen großen Städte.“

Engels hofft auf eine große Wendung. Denn außer dem gewaltigen Aufschwung der Bewegung sind noch andere günstige Umstände vorhanden.

„Selbst wenn der alte Wilhelm bloß (ich meine nicht den Wilhelm Blos) stirbt, gibt es notwendige Aenderungen. Die Leute von heute haben nie erlebt und können sich nicht vorstellen, wozu ein altgewordener Kronprinz in einer inzwischen revolutionär gewordenen Situation fähig ist. Und noch dazu ein so schwankender und willensloser Narr, wie „unser Fritz“.

Den Anstoß erwartet Engels von Rußland. In seinem Briefe vom 22. Februar 1882, also in der Zeit, wo die Partei „Narodnaja Wolja“ ihren heroischen Kampf gegen den Zarismus führte, schreibt er:

„Wir haben in Deutschland eine Situation, die mit steigender Geschwindigkeit der Revolution zutreibt, und in kurzem unsere Partei in den Vordergrund drängen muß. Wir selbst brauchen dazu gar nichts zu tun, nur unsere Gegner für uns arbeiten zu lassen. Dabei eine bevorstehende neue Aera mit einem neuen, liberalisierenden, höchst unentschlossenen und schwankenden Kaiser, der ganz zum Ludwig XVI. gemacht ist. Was uns fehlt, ist einzig ein rechtzeitiger Anstoß von außen. Diesen bietet die Lage Rußlands, wo der Beginn der Revolution nur noch Frage von Monaten ist. Unsere Leute in Rußland haben den Zar so gut wie gefangen genommen, die Regierung desorganisiert, die Volkstradition erschüttert. Auch ohne einen neuen großen Schlag muß der Zusammenbruch in nächster Zeit erfolgen, er wird sich jahrelang fortsetzen, wie 1789 bis 1794; es gibt also volle Zeit, um auf den Westen und besonders Deutschland zurückzuwirken, so daß die Bewegung eine allmählich ansteigende wird, nicht wie 1848, wo die Reaktion schon am 20. März in ganz Europa wieder in vollem Gang war. Kurz, es ist eine so prachttvolle revolutionäre Situation wie noch nie.“

Inzwischen verschlechtern sich die Aussichten in Rußland, dagegen verbessern sie sich in Frankreich und auch in England. In Frankreich dringen die Monarchisten vor, ein Kampf zwischen ihnen und den Radikalen scheint unvermeidlich zu werden. Engels nimmt an, daß es zu einer revolutionären Zuspitzung kommen wird. Auch in England gibt es Anzeichen für eine Radikalisierung der Arbeiterschaft. Im September 1885 schreibt er an Bernstein:

„Da die Russen ins Stocken geraten scheinen, müssen wir wohl selbst anfangen. Und wenn die drei großen Westländer in Bewegung kommen, reicht das auch hin.“

Und kurz vorher (15. Mai 1885) schrieb er:

„Aber vergiß nicht die alte Regel: über der Gegenwart der Bewegung und des Kampfes nicht die Zukunft der Bewegung zu vergessen. Und die gehört uns.“

Das Sozialistengesetz fiel erst in der Tat nach dem Monarchenwechsel, aber nicht infolge des Rückzuges, sondern umgekehrt: durch den gewaltigen Vorstoß der Partei.

Nationale Frage

Marx und Engels sind stets sehr warm für die Befreiung Polens sowie für die Befreiung Irlands eingetreten. Die polnische Freiheit konnte nur gegen den Zarismus erfochten werden, die Iren „machen dem langsamen John Bull Beine“. Marx und Engels waren überall dort für die unmittelbare und sofortige Befreiung der Nationen, wo diese dem Fortschritt, der revolutionären Zuspitzung diene. Sie lehnten es jedoch ganz entschieden ab, für eine sofortige nationale Befreiung dort einzutreten, wo damit die Geschäfte der Gegenrevolution besorgt wurden. Die Haltung der „Neuen Rheinischen Zeitung“ gegenüber den Slawen, die sich im Jahre 1848 durch Habsburg mißbrauchen ließen, ist allgemein bekannt. In dem schon erwähnten Briefe vom 22. Februar 1882 beschäftigt sich Engels sehr ausführlich mit der Frage der Befreiung der Balkanslawen. Der Zar spielte zu jener Zeit die Rolle des „Befreiers“ der Slawen. Er suchte nach einem Vorwand, sich in die Balkanangelegenheiten einzumischen, und womöglich einen Krieg anzuzetteln. Internationale Sympathiekundgebungen für die Unterdrückten auf dem Balkan hätten den Zarismus noch mehr ermutigt. Bernstein hat nun solche Sympathien bekundet. Dagegen wendet sich Engels. Er kennt die Verhältnisse gut und setzt klar auseinander, wem das Geschrei über die sofortige und unmittelbare Befreiung der Balkanslawen nützen würde. Ein Krieg auf dem Balkan würde den Weltkrieg bedeuten, dessen Ausgang ganz unberechenbar wäre. Ganz bestimmt würde er eine ausgezeichnete revolutionäre Situation verderben. Wir haben oben bereits das Zitat über die revolutionäre Situation aus dem Briefe vom 22. Februar 1882 angeführt. Daran anknüpfend sagt Engels:

„Eins kann sie verderben: Skobelev hat es in Paris selbst gesagt, nur ein auswärtiger Krieg könne Rußland herausreißen aus dem Morast, in dem es versinke. Dieser

Krieg soll alles gutmachen, was andere Leute mit Aufopferung ihres Lebens dem Zarismus angetan haben. Er würde jedenfalls genügen, die Gefangenschaft des Zaren zu brechen, die Sozialrevolutionäre der allgemeinen Volkswut auszusetzen, ihnen die Unterstützung der Liberalen, die sie jetzt besitzen, entziehen, und alle Opfer wären umsonst gebracht; alles müßte unter ungünstigeren Umständen von vorne wieder angefangen werden; aber ein solches Stück spielt schwerlich zweimal, und auch in Deutschland können Sie darauf bauen, daß unsere Leute entweder ins patriotische Geheul mit einstimmen oder einen Wutausbruch gegen sich hervorrufen müssen, gegen den der nach den Attentaten ein Kinderspiel ist; dann würde Bismarck auf die letzten Wahlen noch ganz anders antworten als damals mit dem Sozialistengesetz.

Bleibt Friede, dann sind die russischen Panlawisten geprellt und müssen bald abtreten. Dann kann der Kaiser höchstens noch einen letzten Versuch machen mit den alten bankrotten Bürokraten und Generalen, die bereits Schiffbruch erlitten. Das kann höchstens ein paar Monate dauern, und dann bleibt kein Ausweg, als die Liberalen zu berufen, d. h. eine Nationalversammlung irgendwelcher Art, und das, wie ich Rußland kenne, ist Revolution à la 1789. Und da soll ich Krieg wünschen?"

Während des serbisch-bulgarischen Krieges, in seinem Briefe vom 9. Oktober 1886, kommt Engels wieder auf die Frage der Befreiung der Balkanlawen zurück. Er schreibt:

„Wie die Sachen jetzt liegen, ist meine Ansicht die: 1. Die Südslawen unterstützen, wenn und solange sie gegen Rußland gehen, dann gehen sie mit der europäischen revolutionären Bewegung.

2. Gehen sie aber gegen die Türken, d. h. verlangen sie à tout prix die Annexion der wenigen jetzt noch türkischen Serben und Bulgaren, so tun sie bewußt oder unbewußt das Werk Rußlands, und da können wir nicht mit. Dies kann nur erreicht werden auf Gefahr eines europäischen Krieges, und das ist die Sache nicht wert, die Herren müssen eben warten, ebensogut wie die Elsässer und Lothringer, die Trientiner usw. Außerdem würde jeder neue Angriff gegen die Türken — unter jetzigen Verhältnissen — nur dazu führen, daß die siegreichen kleinen Nationen — siegreich könnten sie aber nur durch die Russen werden — entweder direkt unter russisches Joch kämen oder — vgl. die Sprachenkarte der Halbinsel — einander unrettbar in die Haare gerieten.“

Sein leitender Gesichtspunkt hat sich nicht geändert. Er drückt ihn in dem Briefe vom 22. Februar 1882 kurz und bündig aus:

„Wir haben an der Befreiung des westeuropäischen Proletariats mitzuarbeiten und diesem Ziel alles andere unterzuordnen.“

Heute, wo wir mit dem Weltimperialismus für die Befreiung des Weltproletariats ringen, sind wir restlos für die Befreiung aller unterdrückten Nationen, nicht aus poetisch-humanitären Gründen, sondern weil wir dadurch dem Imperialismus schneller den Todesstoß versetzen können.

Das siegreiche russische Proletariat hat den Ausspruch von Engels wahrgemacht:

„Der Sieg des Proletariats befreit sie (die unterdrückten Nationen) wirklich und mit Notwendigkeit.“

Zum Entwicklungsprozeß der proletarischen Revolution

Der frühere Radikalismus konnte nicht begreifen, weshalb Marx und Engels so heftig gegen das Schlagwort der „einen reaktionären Masse“ ankämpften. Diese lassalleianische Auffassung hätte doch die Herausbildung der proletarischen Klassenfront erleichtert, hätte einen Schutzwall gegen das Techtelmechtel mit bürgerlichen Parteien abgeben usw. Bernstein und sein Freund Vollmar — damals beide wilde Spießer, wie sie später beide zahme Spießer wurden — witterten offenbar bei Marx und Engels „Opportunismus“. Engels mußte sich mit ihnen über dieses Thema wiederholt auseinandersetzen. Er kritisierte das Schlagwort der einen reaktionären Masse vom Gesichtspunkte der Revolution aus und gab dazu eine feine Analyse des Prozesses der Revolution.

In einem Briefe vom 2./3. November 1882, in dem er sich u. a. mit einem Artikel Vollmars befaßt, schreibt er:

„Die eigentliche Schwäche des zweiten Artikels (die ich wohl merkte, aber nicht wichtig nahm) ist die kindliche Vorstellung von der nächsten Revolution, die damit

anfangen soll, daß „hie Welf, hie Waibling“ die ganze Welt sich in zwei Heere spaltet: wir hier, die ganze „einzige reaktionäre Masse“ dort. Das heißt, die Revolution soll mit dem fünften Akt anfangen, nicht mit dem ersten, in dem die Masse aller Oppositionsparteien gegen die Regierung und deren Böcke zusammensteht und so siegt, worauf dann die einzelnen Parteien unter den Siegern sich eine nach der anderen abarbeiten, unmöglich machen, bis endlich dadurch die Masse des Volkes ganz auf unsere Seite gedrängt wird und dann die vielgerühmte Vollmarsche Entscheidungsschlacht vor sich gehen kann.“

Am 28. April 1883 schreibt Engels:

„Und da arbeitet der biedere Bismarck für uns, wie sechs Kamele. Seine neueste Theorie, daß die Reichsverfassung nichts als ein Vertrag der Regierungen ist, den sie täglich durch eine andere ersetzen könnten, ohne den Reichstag zu fragen, ist ja ein gefundenes Fressen für uns. Das soll er nur probieren. Dabei das offenbare Hinarbeiten auf den Konflikt, seine dummen schnoddrigen Bödiker & Co. im Reichstag — alles das ist Wasser auf unsere Mühle. Allerdings hört dabei die meist nur für die Deklamation (oder aber für eine wirklich revolutionäre Lage) passende Phrase von der „einen reaktionären Masse“ auf. Denn darin besteht ja gerade der für uns arbeitende historische Witz, daß die verschiedenen Elemente dieser feudalen und bürgerlichen Masse sich zu unserem Vorteil einander abarbeiten, krakeelen, auffressen, also gerade das Gegenteil einer einförmigen Masse bilden, von denen der Knoten sich einbildet, er sei damit fertig, wenn er sie alle reaktionär nennt. Im Gegenteil. Alle diese diversen Lumpenhunde müssen sich erst gegenseitig kaputt machen, total ruinieren und blamieren und uns dadurch den Boden bereiten, daß sie ihre Unfähigkeit, eine Sorte nach der anderen, beweisen.“

Und ein paar Monate später (27. August 1883):

„Bei uns kann und muß das erste unmittelbare Resultat der Revolution, der Form nach, ebenfalls nichts anderes sein als die bürgerliche Republik. Das ist aber hier nur ein kurzer Durchgangsmoment, da wir glücklicherweise keine rein republikanische Bürgerpartei haben. Die bürgerliche Republik, vielleicht mit der Fortschrittspartei an der Spitze, dient uns zunächst zur Eroberung der großen Massen der Arbeiter für den revolutionären Sozialismus, das ist in ein oder zwei Jahren abgemacht, und zur gründlichen Abarbeitung und Selbstruinierung aller außer uns noch möglichen Mittelparteien. Erst dann können wir mit Erfolg drankommen.“

Der große Fehler der Deutschen ist, sich die Revolution als ein über Nacht abzumachendes Ding vorzustellen. In der Tat ist sie ein mehrjähriger Entwicklungsprozeß der Massen unter beschleunigenden Umständen.“

Es war in der Tat einer der größten Fehler der revolutionären Führer des Proletariats in Deutschland, daß sie sich die Revolution als einen einmaligen Akt vorstellten. Lenin begriff ausgezeichnet den Prozeß der Revolution. Wie sorgfältig paßte er der Entwicklung der Masse in der Revolution seine Lösungen an!

Die Auffassung Engels' vom Prozeß der Revolution fand in der russischen Revolution ihre glänzende Bestätigung. Die Politik, die auf diese Auffassung gegründet war, erntete den verdienten Lohn: sie führte das Proletariat zum Siege.

Die demokratische Republik

Die Sozialdemokraten verbreiten die Legende, daß Marx und Engels die demokratische Republik als jene Staatsform bezeichneten, in der das zur Macht gelangte Proletariat seine Herrschaft ausübt. Auf dem soeben abgehaltenen Kongreß der österreichischen Sozialdemokratie in Linz führte Otto Bauer aus:

„Andererseits haben Engels und Marx wiederholt gesagt, die demokratische Republik sei die spezifische Form der Diktatur des Proletariats.“

Aber wo hat das Marx gesagt? Und wo hat das Engels gesagt? Ich frage das nicht, um Otto Bauer in Verlegenheit zu bringen. Er wird nie verlegen sein. Er könnte in der Tat antworten: Engels hätte das gesagt, nur ein bißchen mit anderen Worten.

In seiner Kritik zum Entwurf des Erfurter Programms, wo er bemängelt, daß man den nächsten „konkreten Fragen“, so der Frage, wie wir die Macht erobern, aus dem Wege geht und statt dessen „abstrakte politische Fragen“ in den Vordergrund schiebt, schreibt Engels:

„Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Diese ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats.“

Engels behandelt hier eine konkrete Frage, die Frage, unter welchen politischen Formen das Proletariat die Macht erobert, und nicht die Frage, wie sich das Proletariat nach der Eroberung der Macht einrichtet. Engels bezeichnet hier die demokratische Republik, wie sich Lenin ausdrückt, als „den nächsten Zugang zur Diktatur des Proletariats“. Aus der „spezifischen Form für die Diktatur des Proletariats“ macht Bauer flink die „spezifische Form der Diktatur des Proletariats“.

Die Briefe von Engels lassen keinen Zweifel darüber entstehen, wie diese Stelle aufzufassen sei. Wir haben bereits oben das Zitat aus dem Briefe vom 27. August 1883 angeführt, dessen Inhalt sich dem Sinne nach vollständig mit dem Zitat der Kritik des Erfurter Programmwerfes deckt. Im nächsten Jahre, am 24. März 1884, kommt Engels wieder auf die demokratische Republik zu sprechen. Er schreibt:

„Die liberale konstitutionelle Monarchie ist adäquate Form der Bourgeoisie Herrschaft
1. im Anfang, wo die Bourgeoisie noch nicht mit der absoluten Monarchie ganz fertig und 2. am Ende, wo das Proletariat die demokratische Republik schon zu gefährlich macht. Und doch bleibt die demokratische Republik immer die letzte Form der Bourgeoisie Herrschaft: die, in der sie kaputt geht.“

Das Wort „letzte Form“ ist eigens von Engels unterstrichen.

Noch wichtiger ist aber folgende Stelle aus demselben Briefe:

„Der März-Artikel war trotz alledem sehr gut, die wesentlichen Punkte ganz richtig hervorgehoben. Auch der in der folgenden Nummer über die Bauernpredigt des Volksparteilers, wo nur die Berufung auf den „Begriff“ der Demokratie faul. Dieser Begriff wechselt mit dem jedesmaligen Demos und hilft uns daher keinen Schritt weiter. Was zu sagen war, ist nach meiner Ansicht dies: auch das Proletariat braucht zur Besitzergreifung der politischen Gewalt demokratische Formen, sie sind ihm aber, wie alle politischen Formen, nur Mittel. Will man aber heute die Demokratie als Zweck, so muß man sich auf Bauern und Kleinbürger stützen, das heißt auf Klassen, die am Untergehen und gegenüber dem Proletariat, sobald sie sich künstlich erhalten wollen, reaktionär sind.“

Engels kennt keine „reine“ Demokratie. Er analysiert den Begriff auf seinen Klassencharakter hin. Er stellt ausdrücklich fest, daß eine Herrschaftsform, die die eingebürgerten demokratischen Herrschaftsmethoden respektiert, nicht dem Proletariat, sondern der Reaktion dienen würde. Das Proletariat bindet sich nicht an hergebrachte Herrschaftsformen, denn dies würde nichts anderes bedeuten, als daß es auf die Ausübung seiner Herrschaft verzichtet. Was die Einschätzung der Bauern betrifft, müssen wir bemerken, daß Engels in seinem „Bauernkriege“ die Bauernschaft als den „natürlichen Verbündeten“ des Proletariats bezeichnet. Den Bauern wird der Uebergang zum Sozialismus in jeder Weise erleichtert. In diesem Briefe spricht er von der Bauernschaft, soweit sie sich „künstlich“ erhalten, d. h. sich verewigen will.

Alles in allem: die demokratische Republik ist die letzte Form der Bourgeoisie Herrschaft, in der diese kaputt geht, sie hat mit der Herrschaft des Proletariats nichts zu tun.

Der proletarische Staat

Engels äußerte sich jedoch nicht nur über die Form des Staates, in der wir zur Macht gelangen werden, sondern auch über den proletarischen Staat, das heißt, über die Staatsform, in der das Proletariat seine Macht ausüben wird.

Man erinnert sich noch, daß Eduard Bernstein in seinen „Voraussetzungen des Sozialismus“ usw. den kühnen Satz aufstellte, daß Marx und Engels zeitweise ihre Auffassungen vom Staate und von der Revolution aufgegeben hätten. Er beruft sich dabei auf das Vorwort des „Kommunistischen Manifestes“ aus dem Jahre 1872, in dem doch klipp und klar gesagt wird, daß das „Kommunistische Manifest“ stellenweise veraltet sei,

„namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, daß „die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann.“ (Siehe „Der Bürgerkrieg in Frankreich, Adresse des Generals der Internationalen Arbeiter-Association“, wo dies weiter entwickelt ist.)

Bernstein führt dieses Zitat in dem erwähnten Buche nicht weniger als dreimal an. Er legt es aus als eine Warnung gegen die Revolution.

Man kennt die Verwirrung, die Bernstein damit angestiftet hat, indem er durch den Sinn, den er diesem Satze unterlegt, die Tatsachen direkt auf den Kopf gestellt hat. Man könnte indessen Bernstein zugute halten, daß es ihm einfach unmöglich war, den Marxismus zu begreifen, und daß er daher dies unbewußt getan hat. Zu unserer Verwunderung müssen wir nun sehen, daß Friedrich Engels über den richtigen Sinn dieses Vorwortes Bernstein bereits 15 Jahre vorher genau belehrt hat. In seinem Briefe vom 1. Januar 1884 schreibt Engels:

„Wegen Ihrer früheren Anfrage wegen der Stelle in der Vorrede zum Manifest aus dem Bürgerkrieg in Frankreich werden Sie sich wahrscheinlich mit der Antwort einverstanden erklären, die im Original (Bürgerkrieg, S. 19 ff.) gegeben ist. Ich schicke Ihnen ein Exemplar für den Fall, daß Sie dort keins haben. Es handelt sich einfach um den Nachweis, daß das siegreiche Proletariat die alte bürokratische, administrative und zentralisierte Staatsmacht erst umformen muß, ehe es sie zu seinen Zwecken ver nutzen kann; wogegen alle Bourgeoisrepublikaner seit 1848, solange sie in der Opposition, diese Maschine heruntergerissen haben, sobald sie an der Regierung, sie ohne Aenderung übernommen und ausgenutzt haben, teils gegen die Reaktion, noch mehr aber gegen das Proletariat. Daß im Bürgerkrieg die unbewußten Tendenzen der Kommune ihr als mehr oder weniger bewußte Pläne zugute gebracht sind, war unter den Umständen gerechtfertigt, selbst nötig. Die Russen haben mit ganz richtigem Takt diese Stelle aus dem Bürgerkrieg ihrer Uebersetzung des Manifestes angehängt. Wäre damals die Expedition nicht so gar eilig gewesen, so hätte man dies und noch anderes auch machen können.“

Es handelt sich nicht um eine Feststellung der Ohnmacht des Proletariats gegenüber der alten Staatsmaschine, sondern um den Nachweis, daß das Proletariat nunmehr wisse, wie es seine Staatsmaschinerie einrichten muß. Das Proletariat erobert die Staatsmacht, aber es formt sie um. Im „Bürgerkrieg“ wird aufgezählt, daß das Proletariat den Parlamentarismus abschafft, sich im Parlamente nicht ver- und zertreten läßt, die ländlichen Produzenten sollten unter die geistige Führung der Arbeiter der Städte gebracht werden, — das war die „endlich entdeckte politische Form“, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte. Zu diesem Staate bekennt sich Engels.

Es ist uns beileibe nicht wichtig, wie Bernstein nun sein literarisches Gewissen beruhigt. Viel wichtiger ist es für uns, daß wir hier eine klare Definition des proletarischen Staates bekommen, eine klare Definition eines Staates, der nicht das mindeste mit der demokratischen Republik zu schaffen hat, sondern im Prinzip vollkommen dem proletarischen Räte staate entspricht.

Die Partei

In Deutschland gab es jahrelang eine Auseinandersetzung über das Thema „Massen und Führer“. In der alten Linken bildete sich ungefähr folgende Meinung heraus: Die Massen sind gut, die Führer sind schlecht. Von diesen ist nicht zu erwarten, daß sie tatsächlich die Führer in der Revolution sein werden. Das wäre indessen — so meinte man — nicht schlimm. Die Massen würden die Fehler der Führer gutmachen. Deshalb wurde auch die Frage der Parteispaltung nie aufgerollt.

In dem Briefwechsel spielt die Frage Massen und Führer eine große Rolle, aber Engels vertritt eine ganz andere Ansicht als die alte Linke. Auch er ist von den Massen entzückt. Er glaubt an ihre Initiative. Die deutschen Arbeiter beständen famos jede Probe. Er sagt auch, daß „die Herren Führer von den Massen geschoben werden“. Er findet sich jedoch damit nicht ab, sondern er verlangt von den Führern, daß sie die Massen vorwärts drängen. Er ist dagegen, daß man die schlechten Führer obenauf läßt (Brief 11. November 1884). Die günstigen Umstände allein tun es nicht. Es fragt sich, ob „die Führer diesen Umständen gewachsen“ sind. Am liebsten möchte er sofort losschlagen und es auf eine Spaltung der Partei ankommen lassen. Aber das Sozialistengesetz läßt keine freie Debatte zu und so hätte die Schuld an der Spaltung von den Opportunisten auf die Radikalen abgewälzt werden können. In seinem Briefe vom 5. Juni 1884 belehrt er Bernstein sehr ausführlich, wie man die Parteispaltung vorbereitet. Er zieht die Schlußfolgerung:

„Also: 1. den Bruch hinausschleppen wo möglich; 2. wird es unvermeidlich, ihn von innen ausgehen zu lassen; 3. inzwischen alles präparieren; 4. nichts tun, ohne wenigstens Bebel und wo möglich auch Liebknecht, der wieder ganz gut (vielleicht zu gut) wird, sobald er sieht, daß die Sache unvermeidlich ist, und 5. den Machtposten an

„Sozialdemokrat“ festhalten envers et contre tous bis auf die letzte Kartusche. Das ist meine Ansicht.“

Im Jahre 1885, als ein Konflikt aus Anlaß der Bewilligung der Dampfersubvention in der Reichstagsfraktion ausgebrochen ist, schreibt Engels eine ganze Reihe von Briefen über die Spaltung. Kautsky ist zu jener Zeit in London und unterstützt Engels in dieser Tätigkeit. Schließlich findet sich Engels damit ab, daß die Partei trotz rechtem und linkem Flügel einig bleibt, tröstet sich jedoch damit, daß der linke Flügel der führende sei.

Die Ansicht Engels über die Rolle der Führer und der Partei führt in gerader Linie zu der Auffassung, zu der sich später die Bolschewiki, durch Erfahrung gewitzigt, als erste unter den Marxisten durchgerungen haben.

Elastische Taktik

Das Augenmerk Engels ist immer auf die kommende Revolution gerichtet. Alle Mittel, die sie fördern, sind ihm recht, vorausgesetzt, daß sie „mehr nützen als schaden“. Er ist ganz frei von der dogmatischen Auffassung, die gewisse parlamentarische Gebräuche heiligt oder verdammt. Im Jahre 1884 spielt in der deutschen Partei die Frage der Stichwahltaktik eine große Rolle. In seinem Briefe vom 17. Mai jenes Jahres schreibt Engels:

„Singer war hier, ich habe ihm unter anderem meine Ansicht wegen der Taktik bei Stichwahlen gesagt. Ich halte es nämlich für Unsinn, dafür eine für alle Fälle gültige Regel aufstellen zu wollen, die ja auch in Wirklichkeit nie eingehalten wird. Wir haben da eine große Macht in der Hand, die total unbenutzt bleibt, wenn Wahlenthaltung in allen Fällen proklamiert wird, wo keiner der unsrigen in der Stichwahl ist. In Wirklichkeit haben sich ja auch immer in solchen Fällen Wahlverträge, z. B. mit dem Zentrum, von selbst gemacht; wir stimmen dafür auch, wenn ihr dort für uns stimmt, und haben uns manchen Sitz verschafft. Dummheiten passieren dabei natürlich, aber die passieren immer, und das ist kein Grund, eine noch größere zu begehen. Ich sagte ihm sogar, daß z. B. in Orten wie Berlin, wo der Wahlkampf ganz zwischen uns und dem Fortschritt liegt, Verträge vor der Hauptwahl nicht ausgeschlossen seien: ihr tretet uns diese Wahlbezirke ab, dafür wir euch jene — natürlich nur, wenn man auch darauf rechnen kann, daß es eingehalten wird. Was mir ungeschickt erscheint, ist nur dies: auf Kongressen im voraus allgemein gültige Regeln aufstellen wollen für taktische Fälle, die der Zukunft angehören.“

Ähnliche „ketzerische“ Ansichten äußerte Engels über verschiedene Fragen, von denen einem alten Linken gruselig werden könnte. Dieser Radikalismus erschöpfte sich bekanntlich darin, daß er als geheiligte „Prinzipien“ aufstellte: bei den Hauptwahlen keine Bündnisse abschließen, bei der Budgetabstimmung mit Nein stimmen, beim Kaiserhoch sich aus dem Sitzungssaal entfernen usw. Dieser Nein-Sager-Radikalismus hat schmachvollen Bankrott erlitten, sowohl beim Ausbruch des Krieges als auch beim Ausbruch der Revolution. Wer wirklich eine Revolution machen will, der darf — unter Umständen muß er auch von den kühnsten Mitteln Gebrauch machen. Es genügt, zu erwähnen: Brest-Litowsk.

Engels war dagegen, daß man gewisse taktische Fragen nach allgemein gültigen Prinzipien für alle Zukunft entscheide, aber er wandte sich stets mit aller Kraft gegen diejenigen, die eine prinzipienlose Politik befolgten. Als z. B. die Partei Malon und Brousse auf dem Kongreß zu St. Etienne die Statuten der Ersten Internationale zu ihrem Programm machte, um mehr Arbeiterstimmen zu fangen, schrieb Engels:

„Der proletarische Klassencharakter des Programms ist beseitigt. Die kommunistischen Considérants von 1880 sind ersetzt durch die Statuten von der Internationale 1866, die soweit gefaßt werden mußten, gerade weil die französischen Proudhonisten so weit zurück waren und doch nicht ausgeschlossen werden durften.“

Und als diese Führer vorgaben, sie müßten die Arbeiter ohne Unterschied der politischen Anschauung für die Durchsetzung von Arbeiterforderungen in der Partei sammeln, erklärte dies Engels als einen „direkten Verrat“.

Marx-Engels und die Sozialdemokratie

Noch kurz vor seinem Tode wendete sich Engels gegen den Gebrauch des Wortes „Sozialdemokratie“, weil der Ausdruck zu sehr dehnbar war. Aber es kam ihm auch nicht nur auf das Wort an. Marx und Engels hielten stets eine gewisse Distanz zur Sozialdemokratie ein. Noch im Jahre 1881 weigerten sie sich, für den „Sozialdemokrat“ zu schreiben. In dem Briefe vom 4. April 1881 schreibt Engels:

„Wenn wir noch nicht direkt und namentlich im „Sozialdemokrat“ aufgetreten (sind), so liegt das, dessen können Sie sicher sein, nicht an ihrer bisherigen Art der Redaktion. Im Gegenteil. Es liegt eben an den eingangs erwähnten, in Deutschland gefallenen Aeußerungen. Wir haben zwar Versprechungen, daß dies nicht mehr vorkommen soll und auch der revolutionäre Charakter unumwunden ausgesprochen und festgehalten werden soll. Aber wir möchten das erst sehen und haben von dem Revolutionarismus verschiedener der Herren zu wenig Sicherheit (eher das Gegenteil), daß uns eben deswegen Mitteilung der Stenogramme aller von unseren Abgeordneten gehaltenen Reden sehr wünschenswert ist. Nach dem Gebrauch könnten Sie sie leicht auf ein paar Tage herschicken, für prompte Rücksendung stehe ich ein. Es wird dies dazu beitragen, die letzten Hindernisse, die noch zwischen uns und der Partei in Deutschland — nicht durch unsere Schuld — bestehen, aus dem Wege zu räumen. Dies unter uns.“

Später hat dann Engels verschiedene Aufsätze im „Sozialdemokrat“ veröffentlicht, aber noch in seinem Briefe vom 27. Februar 1883 bittet er Bernstein, daß er ihn nicht als Genossen titulieren soll, da er auch kein Genosse im engeren Sinne ist, der deutschen Partei nicht angehöre.

Engels über Kautsky

In dem Briefwechsel kommen eine ganze Reihe von Aeußerungen über verschiedene führende Persönlichkeiten der damaligen Arbeiterbewegung vor. Engels spricht wiederholt ausführlich über Guëde, über Hyndman, über Kautsky usw. Wir können auf Einzelheiten nicht eingehen. Da jedoch die Legende verbreitet wird, daß Engels Kautsky als den geistigen Erben von Marx betrachtete, sollen hier einige tatsächliche Aeußerungen von Engels über Kautsky angeführt werden. In seinem Briefe vom 8. Februar 1883 schreibt Engels:

„Kautsky hat mir seine Broschüre über „Amerikanisches Korn“ zugeschickt. Kostbare Ironie: vor drei Jahren soll die Bevölkerung beschränkt werden, weil sie sonst nichts zu essen hat, jetzt ist nicht Bevölkerung genug da, um allein die amerikanischen Produkte aufzuessen! Das kommt davon, wenn man sogenannte „Fragen“ studiert, eine nach der anderen ohne Zusammenhang.“

Und in dem Briefe vom 27. Februar 1883 schreibt Engels:

„Kautsky hat das Unglück, daß unter seiner Hand nicht die verwickelten Fragen sich in einfache auflösen, sondern die einfachen verwickelt werden.“

Diese Ansicht äußerte Engels noch vor Marx' Tode. Es war das offenbar auch die Ansicht von Marx über seinen „Erben“.

Der Tod von Marx

In dem Briefwechsel wird wieder bestätigt, daß Marx und Engels ihre öffentlichen Schritte stets nach Verabredung unternommen haben. Das erklärt Engels ausdrücklich in seinem Briefe vom 15. Juli 1882. Den „Anti-Dühring“ bezeichnet Engels als den

„Versuch, eine enzyklopädistische Uebersicht unserer Auffassungen der philosophischen, naturwissenschaftlichen und geschichtlichen Probleme zu geben.“

Aber auch aus diesem Briefwechsel geht hervor, daß Marx von den beiden der Bedeutendere war. Engels bestätigt das ohne Neid. Sehr interessant ist in dieser Beziehung der Brief vom 25. Oktober 1881, auf den wir besonders hinweisen wollen. Engels bezeichnet Marx als ein Genie.

„Das ist eine Sache so eigener Art, daß wir, die wir es nicht haben, von vornherein wissen, es ist für uns unerreichbar. So etwas aber beneiden zu können, dazu muß man doch arg kleinlich sein.“

Am 14. März 1883 stirbt Marx. In diesem Briefwechsel wird der herrliche Brief abgedruckt, den Engels noch am selben Tage an Bernstein gerichtet hat und der bereits wiederholt veröffentlicht wurde. Es mögen hier die Schlußsätze noch einmal angeführt werden:

„Was dieser Mann uns theoretisch und in allen entscheidenden Momenten auch praktisch wert war, davon kann man nur eine Vorstellung haben, wenn man fortwährend mit ihm zusammen war. Seine großen Gesichtspunkte werden mit ihm für jahrelang von der Bühne verschwinden. Das sind Dinge, denen wir andere nicht gewachsen sind. Die Bewegung geht ihren Gang, aber sie wird des ruhigen, rechtzeitigen, überlegenen Eingreifens entbehren, das ihr bisher manchen langwierigen Irrweg erspart hat.“

Wer muß bei diesen Zeilen nicht an Lenin denken! Die Bewegung geht natürlich ihren Gang, aber wir müssen das ruhige, rechtzeitige und überlegene Eingreifen Lenins entbehren, das uns manchen langwierigen Irrweg erspart hat.

Marxismus — Leninismus

Vor vierzehn Jahren hörte ich einen Vortrag Eduard Bernsteins mit an, den er vor einer Hörerschaft von Studenten und Intellektuellen hielt über das Thema: Was ist noch lebendig vom Marxismus? Nach vielen einerseits — andererseits schloß er seine Ausführungen mit folgender Anekdote: Charles I. wurde von einem Kavallerieleutnant verhaftet. Als der König die Vorweisung des Haftbefehls forderte, wies der Leutnant zum Fenster hinaus, wo seine Schwadron Aufstellung genommen hatte. Darauf bemerkte Charles I.: „Eine recht deutliche Handschrift.“ Nun — sagte Bernstein — wenn wir die gewaltige Entwicklung des Kapitalismus einerseits und die Entwicklung des modernen Klassenkampfes andererseits sehen, Dinge, die Marx vorausgesagt hat, dann müssen wir auch andererseits sagen, daß hier ein Zeugnis für den Marxismus vorliegt, mit einer recht deutlichen Handschrift. Marx hat eine ganz andere Darstellung seiner Lehre gegeben. Er schrieb an Weidemeyer:

„Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder deren Existenz in der modernen Gesellschaft, noch ihren Kampf untereinander entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen, und bürgerliche Oekonomen die ökonomische Anatomie der Klassen dargestellt. Was ich neu tat, war, nachzuweisen: 1. daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte, historische Entwicklungskämpfe der Produktion gebunden sei, 2. daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führe, 3. daß diese Diktatur selbst nur den Uebergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bilde.“

Die Diktatur des Proletariats, das ist der Kernsatz des Marxismus. Aber wo finden wir die klare Bestätigung dafür? In der russischen Revolution! Die „recht deutliche Handschrift“ wurde von den — Bolschewiki geliefert.

In dem Briefwechsel ist auch jener Brief von Engels enthalten, den Bernstein schon so oft gegen die Marxisten ausgespielt hat, nämlich der Brief, in dem Engels mitteilt, daß Marx den Doktrinarismus Lafargues mit der Bemerkung ablehnt: „Das eine ist gewiß, ich bin kein Marxist!“ Derselbe Marx hat sich aber freudig öffentlich und in Privatbriefen zur Kommune bekannt, und er hätte sich ebenso freudig zur proletarischen Revolution in Rußland bekannt, die bis jetzt seinen größten Triumph darstellt. Die Briefe Engels' bestätigen von der ersten bis zur letzten Zeile, wie richtig Lenin den Marxismus verstanden, wie sehr er stets im Geiste von Marx gearbeitet hat. Wir können ruhig sagen, daß Marx gegenüber dem gegenrevolutionären Geschimpfe seiner treulosen Schüler auf die proletarische Diktatur stolz bekannt hätte: Das eine ist gewiß: ich bin Leninist!

Zwerg und Riese

Der Briefwechsel wurde von Bernstein eingeleitet und mit Anmerkungen versehen. Wie diese beschaffen sind, dafür zwei Beispiele:

„Die Briefe von Engels aus dem Jahre 1882 an mich . . . (sind) auch heute noch durchaus lesenswert, ganz abgesehen davon, daß sie durch die zunehmende Annäherung der auswärtigen Politik Sowjetrußlands an die traditionelle auswärtige Politik des weiland zaristischen Rußland eine neue Aktualität gewonnen haben.“

Diese Briefe wären also eine Waffe gegen den Bolschewismus!

Das ist die Bemerkung Bernsteins zu dem Briefe, in dem Engels auseinandersetzt, daß wir all unser Tun und Lassen der proletarischen Revolution unterzuordnen haben.

Eine Anmerkung zu einem Brief, wo Engels über Johann Philipp Becker schreibt:

„Er hatte sich 1849 in der pfälzisch-badischen Erhebung für die Reichsverfassung als Militär ausgezeichnet, war aber nichts weniger als ein Abenteurer, sondern uns allen“ usw.

Für diesen gegenrevolutionären Philister ist schlechthin jeder ein Abenteurer, der nicht nur mit seinem Munde und seinem Schreibzeug, sondern auch mit den Waffen in der Hand für seine Ueberzeugung einsteht.

Aber genug von diesem Grünzeug. Es sind das äußerliche Schönheitsfehler des Buches, die uns von seinem gründlichen Studium nicht abhalten dürfen.

Neben dem Zwerg Bernstein nimmt sich der Riese Engels um so gewaltiger aus.